Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 224. Sonnabend, den 24. September 1910. 17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Zucht und Prügel für die Arbeiterjugend.

Herr Oertel hat dieser Tage in der „Deutschen Tageszeitung wieder einmal über die Verrohung der Jugend gejammert. Mit blöden Verallgemeinerungen krasser Einzelfälle von Roheitsakten beginnt er, ein gemeiner Anwurf gegen die Sozialdemokratie, der so nebenbei ein Hauptteil der Schuld an der angeblichen Verrohung der Jugendlichen angehängt wird, ist das Fettauge auf dem dürftigen Inhalt und die obligate Empfehlung des Oertelschen Allheilmittels, der Prügelstrafe, bildet den Schluß. Es lohnte sich nicht, auf diese salbungsvolle Kapuzinerpredigt des Knutenpropheten weiter einzugehen, wenn dieser Ausbruch nicht ein Glied in einer Kette wäre, die der freien Jugendbewegung angelegt werden soll.

Neben der Prügelstrafe hat Oertel nämlich noch zwei andere Mittel: einmal eine Verschlechterung der Schule und zweitens und hauptsächlich die Fesselung der Jugend während der Jahre zwischen Schulentlassung und Heeresdienst. „Wir müssen,“ sagt er, „auf irgendwelche Weise die der Schule entwachsene männliche Jugend mehr in einer gewissen Zucht halten. Sonst verkommt schließlich das Volk in Zuchtlosigkeit und Roheit.“ Was es mit dieser Sorge um die Verhinderung der Verrohung auf sich hat, das geht aus der einen Tatsache hervor, daß dieser Gedanke, die schulentlassene Jugend bis zur Militärpflicht „in Zucht“ zu nehmen, just erst in dem Augenblick weitere Kreise der herrschenden Klassen erfaßt hat, da die freie Jugendbewegung sie erschreckt auffahren ließ. In Wahrheit ist es vielmehr die Angst vor der Tatsache, daß die Arbeiterklasse heute stark und selbstbewußt genug geworden ist, um ihre Jugend gegen die staatliche Gesinnungsdressur in der Volksschule und gegen die verdummende und auf Ertötung des Klassenbewußtseins gerichtete Einwirkung der religiösen und patriotischen Jugendvereine zu schützen, als die Sorge um die Jugend selbst. Weniger den jugendlichen Rohling und den jugendlichen Verbrecher fürchtet die herrschende Klasse, sondern vielmehr den lernenden Jugendlichen, der in die Fußtapfen seiner Eltern tritt, der sich zum Rekruten der Arbeiterbewegung heranbildet. Daß der nichts mit dem jugendlichen Rohling und Verbrecher gemein hat, versteht sich von selbst. Und ebenso selbstverständlich ist, daß Knuten-Oertel ihn mit diesem in einen Topf wirft und die Verrohung der Jugend gerade auf die Einwirkung der Arbeiterbewegung zurückführt. Mit seiner gewohnten Unverschämtheit schreibt er:

> Dazu kommt die Einwirkung einer Partei, die den Größenwahn der Halbreifen ins Ungemessene und Uferlose steigert. — einer Partei, die keinen Herrn kennt als den Obergenossen, keine Pflicht, als die Pflicht gegen die Partei, keine Autorität als die Autorität der Masse. Auf solche Weise schwinden die letzten spärlichen Reste der Zucht, und die Zuchtlosigkeit wird zum Systeme, zur Lebensanschauung.

Ein Wort der Verwahrung gegen diese Frechheit wäre schade — wir geben sie lediglich wieder, um zu zeigen, welchem Zweck die „Zucht“ für die Schulentlassenen dienen soll. Man will die Dressur der Volksschule fortsetzen, um die jugendlichen Proletarier von der freien Jugendbewegung fernzuhalten, um das Werk der Schule, die dem klassenbewußten Proletariat die Kinder geistig entfremdet und raubt, die sie zu Feinden der Weltanschauung und der Ziele ihrer Eltern dressieren will, so lange fortzusetzen, bis der Militarismus sie in seine Klauen nimmt. Auf diese Weise hofft man ihnen die Köpfe so wirksam verkleistern zu können, daß jede Möglichkeit des Erwachens zum eigenen, selbständigen Denken ertötet wird, daß jede Auflehnung gegen die Dressur ausgeschlossen ist. Die Rechnung wäre ja noch immer ohne den Wirt gemacht, ohne das Leben, das dem Proletarier schließlich doch die Spinnweben aus dem Kopf fegt. Aber es ist klar, daß deswegen die Arbeiterklasse ihren Nachwuchs nicht kampflos allen Einschnürungsbestrebungen der Herrschenden ausliefern wird, daß sie ihrer Jugend den Umweg über Irrtum und Vorurteil möglichst zu ersparen suchen wird. Und deshalb wird das Proletariat allen Versuchen, unter dem Deckmantel pädagogischer und sozialer Bestrebungen die Kinder der Arbeiterschaft ihrer Klasse zu stehlen, sie an den Karren der Herrschenden zu fesseln mit religiösen und patriotischen Ketten und die freie Jugendbewegung zu zerstören, sich mit aller Kraft widersetzen.

Wenn es denen um Oertel ernst wäre mit dem Kampf gegen jugendliches Rowdy- und Verbrechertum, dann müßten sie die Arbeit der freien Jugendorganisationen und -ausschüsse freudig begrüßen. Von dem bildenden, veredelnden Einfluß dieser Bewegung haben alle vorliche Zeugnis ablegen müssen. Aber wenn die Herren Junker und Bourgeois zu wählen hätten zwischen jugendlichen Verbrechern und Rowdys, die für die Arbeiterbewegung verloren sind, und lern- und sportfreudigen Jünglingen und Mädchen, die mit 18 Jahren begeisterte Rekruten des proletarischen Befreiungskampfes werden, sie würden die jugendlichen Verbrecher und Rowdys vorziehen. Und wenn es den Herren ernst wäre mit ihrer laut hinaustrompeteten Sorge um die Jugend, dann müßten sie, da Oertel die Notwendigkeit des Zusammenwirkens von Schule und Haus hervorhebt, dafür eintreten, daß dieses Zusammenwirken möglich gemacht wird, indem der Schule der Charakter einer Anstalt zur Gesinnungsdressur genommen wird, in dem der Mißbrauch der Schule als Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie abgestellt wird. Solange das nicht geschieht, müssen die proletarischen Eltern in der Volksschule leider eine ihnen feindliche Institution sehen, solange wird der Zwiespalt zwischen Schule und Haus immer schärfer werden, soviel Zurückhaltung die Eltern sich auch auferlegen mögen, um die wahre Aufgabe der Schule, die Verstandes- und Charakterbildung so wenig als eben angängig zu beeinträchtigen. Aber Oertel und Konsorten wollen natürlich gerade das Gegenteil, sie wollen, wenn sie sich gegen die „bloße Verstandsbildung“ wenden und mehr „Herzensbildung“ fordern, die Vermuckerung und Verpatriotisierung der Volksschule verschärft, den Mißbrauch der Schule zum Zwecke der Sozialistenbekämpfung verstärkt wissen. Weniger Wissen, mehr Drill und Gesinnungsdressur ist ihre Parole. Daß die Autorität des Lehrers sinken muß, wenn er in Gegensatz zur Autorität der Eltern tritt, das könnten sich die Reaktionäre selbst sagen. Aber da sie keine wirklichen Stützpunkte mehr finden, greifen sie nach Strohhalmen.

Ihr ganzes Geschrei über die Verrohung der Jugend ist, soweit es nicht einfach einen Vorwand zu einem Überfall auf die freie Jugendbewegung liefern soll, pharisäische Überhebung. Wenn die Oertel und Konsorten von jugendlichen Rowdys und Verbrechern reden, dann tun sie allemal so, als ob es solche Vorkommnisse nur unter der Arbeiterjugend gäbe. Nur für sie fordern sie die strenge Zucht, nur für sie die Prügelstrafe. Die goldene Jugend, die studierende Jugend soll ungestört weiter raufen, saufen, randalieren und sich mit den Töchtern des Volkes „sexuell ausleben“ dürfen. Von den gebildeten Flegeln und Rowdys weiß Herr Oertel nichts, für einen Borussen, der einen Eisenbahnzug gefährdet, wird er niemals die Prügelstrafe fordern, ebensowenig wie er sie für die Peters, Leist, Wehlau, Arenberg, Schröder und zahlreiche andere Kolonialhelden jemals gefordert hat. Zucht und Prügel, Drill und Dressur für die proletarische, die Freiheit des Austobens und der Ausschweifung für die „gebildete“ Jugend, so gehört nach Junker- und Bourgeoisbegriffen die Welt eingerichtet. Offen wagen sie es heute nicht mehr zu bekennen, denn die Arbeiter haben Ohren, zu hören, und Augen, zu sehen. Aber im Herzen hegen die Herrschenden dieses „Ideal“ weiter und man braucht ihre salbungsvollen Predigten über die Verderbtheit der Jugend nur ein wenig unter die Lupe nehmen, um es sofort zu erkennen.

Die Arbeiterschaft weiß, wohin die Reaktionäre zielen, wenn sie ihre Sorge um die Erziehung der Arbeiterjugend auf dem öffentlichen Markte ausbreiten; sie wird ihre Jugend und ihre Jugendbewegung zu verteidigen wissen!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Privatbeamtenversicherung.

Die in den Diensten des rheinisch-westfälischen Großkapitals stehenden „Westfälischen Politischen Nachrichten“ haben jüngst davor gewarnt, die Durchführung der Privatbeamtenversicherung noch diesem Reichstage zu überlassen. Offenbar hat das Scharfmacherorgan in erster Linie das Bedenken, der seinem Ende entgegengehende Reichstag könnte mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen den Wünschen der Privatbeamten zu weit gehende Rücksicht angedeihen lassen. Diesem Verlangen wird von nationalliberaler Seite entgegengetreten, mit der Versicherung, daß die Nationalliberalen alles tun werden, um das Gesetz noch in der laufenden Session des Reichstages zum Abschluß zu bringen. Natürlich wissen die Nationalliberalen recht gut, daß diese Möglichkeit bei der Geschäftslage des Reichstages so gut wie ausgeschlossen ist, aber mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen muß man doch dem weitverzweigten Stand der Privatbeamten wenigstens den guten Willen vortäuschen.

Die Polen und die Reichstagswahlen.

Der polnische „Gornoslazak“ leitartikelt über die vor- [illegible] den kommenden Reichstagswahlen entspinnen werden. Von dem Ausgange der Wahlen für die Polen scheint sich das Blatt aber nicht viel zu versprechen, denn es rechnet vorläufig nur damit, daß, wenn auch kein neues Mandat gewonnen wird, doch wenigstens der alte Bestand den Polen erhalten bleiben werde. Es schreibt:

> „Es bleibt noch die Frage offen, welche Folgen die Wahlen für uns Polen haben werden, ob wir gewinnen oder wenigstens die bisherige Anzahl polnischer Abgeordneten zu erhalten imstande sein werden. Es ist schwer, nach dieser Richtung etwas mit aller Bestimmtheit sagen zu können, wir erwarten jedoch, daß, wenn wir auch keinen neuen Abgeordneten gewinnen, der Verlust eines der bereits in unseren Händen befindlichen Mandate nicht zu befürchten ist, sobald wir nur die Birnen in der Asche nicht verschlafen und rechtzeitig an eine entsprechende Agitation denken. Wir Polen haben mehr wie jede andere Partei ein besonderes Interesse daran, möglichst viele Abgeordnete nach dem Reichs- und Landtage zu entsenden, denn das hilft uns im Kampfe um unsere nationale Existenz. Wir Polen, die wir durch Ausnahmegesetze verfolgt und bedrängt werden, haben die allergrößte Ursache, uns zu verteidigen, das wird aber um so wirksamer geschehen können, je mehr eigene Abgeordnete wir haben.“

Es trifft zu, daß die Polen unter Ausnahmegesetzen zu leiden haben, trotzdem sind aber ihre Abgeordneten immer bereit, die Regierung zu unterstützen, wenn es sich darum handelt, dem Volke neue Lasten aufzubürden und seine Rechte zu beschneiden.

In Schlesien setzt die polnische Wahlagitation bereits ein. Für den kommenden Sonntag sind drei große Wahlversammlungen einberufen. In der radikal-polnischen Presse wird einem zentrumspolnischen Kompromiß mit aller Entschiedenheit entgegengearbeitet. Der „Kurier Slaski“ meldet mit großer Freude, daß der Kompromiß-Abgeordnete Pfarrer Glowatzki ein Mandat nicht mehr annehmen wolle und warnte mit großer Gehässigkeit vor dem bereits in Aussicht genommenen Nachfolger, dem Pfarrer Ganczarski-Gr.-Strehlitz, weil dieser ein verdeckter Germanisator sei. Inzwischen hat Pfarrer Ganczarski öffentlich erklären lassen, daß er ein Wahlmandat nicht anzunehmen gedenke und der radikale Korfantysche „Kurier“ bemerkt dazu:

> „Allem Anscheine nach sind Ganczarski und Glowatzki zu der Überzeugung gelangt, daß die Zentrumsweintrauben in jenem Wahlkreise (Kosel-Gr.-Strehlitz) nicht mehr reifen und zu sauer sind.“

Das Fiasko der Reichsfinanzreform.

Der Hansabund hat aus dem Ertrag der neuen Steuern in den fünf Monaten April bis August Berechnungen über den voraussichtlichen Ertrag der Steuer für das ganze Jahr angestellt. Dabei ergab sich dieses Resultat:

Benennung der Steuer.	Veranschlagte Einnahme	Tatsächliche Einnahme vom 1. April bis Ende August (5 Monate)	Voraussichtlicher jährlicher Ertrag
	in Millionen Mark:		
Leuchtmittelsteuer (neu)	15	3,42	8,2
Zündwarensteuer (neu)	15	5,05	12
Scheck steuer (neu)	7,35	1,50	3,6
Umsatzsteuer bei Grundstücksübertragungen (neu)	25,5	18,29	43,8
Branntweinsteuer (erhöht)	180	55,68	133,6
Biersteuer (erhöht)	111,5	42,53	102
Tabaksteuer (erhöht)	14,4	4,29	10,3
Zigarettensteuer (erhöht)	23,7	9,23	22
Wechselsteuer (erhöht)	20	7,75	18,6
Schaumweinsteuer (erhöht)	10,2	4,11	9,8

Die tatsächlichen Einnahmen sind schon jetzt um 18 Millionen hinter dem Voranschlag zurückgeblieben, und dabei sind in den Voranschlag die neuen Steuern nur mit fünf Siebentel ihres bei Schaffung der neuen Steuergesetze angenommenen Ertrages eingestellt worden. Dieses Fiasko abzuleugnen ist nicht angängig, deshalb versuchen es die „Berliner Politischen Nachrichten“, diese blamable Erscheinung zu bemänteln. Dort wird ausgeführt:

> „Es ist ganz selbstverständlich und überall anerkannt, daß ein längerer Zeitraum vergehen muß, daß bei neuen allgemeinen Steuern der Eintritt des Beharrungszustandes erwartet werden darf. Nicht ein bedenkliches Zeichen, sondern eine durchaus naturgemäße Folge dieses Erfahrungssatzes ist es, daß in den Etatsansatz für 1910 aus den neuesten Zöllen und Steuern nicht die Einnahmen eingestellt wurden, die dauernd aus ihnen erwartet werden. Voraussichtlich wird auch der nächstjährige Reichshaushaltsetat die Ansätze auf Grund der neuen Steuergesetze noch nicht ganz in derjenigen Höhe ausbringen können, die mit dem Eintritt des Beharrungszustandes erwartet wird.“

Dieses Verlegenheitsgestammel ändert nichts am Resultat. Daß die neuen Steuern nicht bereits im ersten Jahr den vollen Ertrag liefern werden, war klar. Deshalb ist der Ertrag auch nur mit 5/7 eingesetzt worden.

Aber selbst diese vorsichtige Schätzung ist von der Wirklichkeit nicht erreicht worden, und eben darin liegt das Fiasko der Finanzreform, das durch keinerlei Rabulistik in das Gegenteil verkehrt werden kann.

Agrarische Blumensprache.

Wie die „Nationalliberale Korrespondenz" feststellt, hat sich der Bundeshäuptling Dr. Oertel auf dem nordhannoverschen Agitationsfest des Bundes der Landwirte den Ausspruch geleistet:

„Die Stadt verwandelt blühendes Leben in stinkende Fäulnis, aber das Land verwandelt stinkende Fäulnis in blühendes Leben."

Die Agrarier scheinen darauf bedacht zu sein, einen eigenen Sprachschatz zu schaffen. So sei daran erinnert, daß im Wahlkampf in Friedberg-Büdingen ein Bundesagitator sich die niedliche Sprachblüte geleistet hat:

„Die Beamten wollen nicht arbeiten, aber Koteletts wollen sie fressen, so groß wie Abtrittsdeckel."

Das agrarische Publikum ist, wie der seinerzeitige Mitarbeiter der „Deutschen Tageszeitung", Dr. Liman, vor Gericht feststellte, „geistig schwerfällig", deshalb vermutlich eine Sprache, die an Saftigkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

Die Soldaten kriegen nichts.

Als im vorigen Jahr die Beamten aufgebessert wurden, war auch vorgesehen, den Soldaten eine Zulage von acht Pfennig pro Tag zu geben. Als sich dann herausstellte, daß für 16 Millionen Mark keine Deckung vorhanden war, strich man einfach die Erhöhung der Soldatenlöhnung, die 14 Millionen Mark erfordert hätte. Die bürgerlichen Parteien halfen sich damit, daß sie eine Resolution annahmen, in welcher der Kriegsminister aufgefordert wurde, im kommenden Jahr wieder eine Vorlage zur Erhöhung der Löhnung der Mannschaften einzubringen. Der damalige Schatzsekretär Sydow erklärte sofort, daß eine solche Vorlage nicht eingebracht werden könne, da im nächsten Jahr dem Reich keinerlei Mittel hierzu zur Verfügung stehen. Die Soldaten bekamen dann im folgenden Etat nichts und sie werden auch in dem kommenden Etat nicht berücksichtigt werden. Es ist ein starkes Stück Heuchelei, wenn die ultramontane „Märkische Volkszeitung" sagt, der Reichstag werde nachzuprüfen haben, ob nicht doch die Erhöhung der Löhnung durchzuführen sei.

Die beste Möglichkeit wäre im vorigen Jahre die gewesen, daß man den hohen Beamten zunächst nichts gegeben hätte, dafür waren die bürgerlichen Parteien jedoch nicht zu haben und jetzt haben die Soldaten, die dazu berufen sein sollen, für die oberen Zehntausend einzutreten, das Nachsehen.

Aus der widerrechtlichen Haft entlassen.

Die volle acht Monate hindurch wider Recht und Gesetz in Polizeihaft gehaltene polnische Arbeiterin ist seit Monatsfrist aus der Haft entlassen. Die Scherlpresse fügt hinzu, daß regierungsseitig anerkannt wird, daß hier ein bedauerlicher Mißgriff vorliegt, und es wird Sache der schon bekanntlich eingeleiteten Untersuchung sein, festzustellen, welcher Instanz die Schuld an dem Vorgang beizumessen ist. Hoffentlich wird diese Untersuchung beschleunigt, damit die Schuldigen wegen Freiheitsberaubung ihrer verdienten Strafe überantwortet werden können. Unkenntnis der Beamten kann in diesem Fall gewiß nicht vorgeschützt werden, denn so rückständig darf auch ein preußischer Beamter nicht sein, daß er annehmen könne, eine Person, die absolut nichts Strafbares begangen hat, dürfe acht Monate lang in Haft behalten werden.

Der Hansabund schwingt den Klingelbeutel.

Auf „zahlreiche Anfragen" teilt der Hansabund mit, daß er den bisher erlassenen Wahlaufrufen zwecks Bildung eines industriellen Wahlfonds völlig fernsteht. Die Ausgabe der Sammlungsaufrufe des Hansabundes an die Angehörigen des deutschen Gewerbestandes steht unmittelbar bevor.

Zum Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches.

Der von einer Sachverständigen-Kommission ausgearbeitete Entwurf ist nach seiner Veröffentlichung Gegenstand eingehender Kritik gewesen. Alles hierdurch gewonnene Material ist im Reichsjustizamt gesammelt und wird dort gegenwärtig bearbeitet. Es besteht die Absicht, zum nächsten Frühjahr eine neue Kommission zu berufen, deren Aufgabe sein soll, auf Grund des Vorentwurfs und der an ihm geübten Kritik einen endgültigen Entwurf für ein Strafgesetzbuch aufzustellen. Über die Zusammensetzung der Kommission sind endgültige Entschließungen noch nicht gefaßt worden. Doch werden ihr jedenfalls neben Vertretern der Reichsregierung und der Bundesregierungen Rechtslehrer, praktische Juristen — Richter und Rechtsanwälte — und vielleicht auch Vertreter anderer Berufsstände angehören. Der von dieser Kommission aufgestellte Entwurf eines Strafgesetzbuches wird dann dem Bundesrat zur weiteren Beschlußfassung unterbreitet werden, nach deren Erledigung er als Gesetzesvorlage an den Reichstag gelangt. Über die Zeit, wann dies geschehen wird, lassen sich heute noch keine Vermutungen aufstellen, da nicht abzusehen ist, wie viel Zeit die Kommission für ihre Beratungen brauchen wird.

Zur Entziehung der Staatsunterstützung.

Auf die Eingabe an die Ober-Zolldirektion in Münster gegen die Entziehung der Staatsunterstützung für die Tabakarbeiter in Berntrup und Sonneborn (Lippe) und Hagen (Waldeck), die gestreikt hatten, ist ein zweiter Bescheid ergangen. Er lautet:

„Die einzelnen Fälle liegen zu verschieden, als daß eine gemeinsame Entscheidung möglich wäre. Es wird daher den Arbeitern, die gegen den Bescheid des Hauptzollamtes Lemgo Beschwerde eingelegt haben, die Entscheidung einzeln mitgeteilt werden. Sollte etwa ein Arbeiter mit Rücksicht auf Ihre Eingabe vom 4. August 1910 die Beschwerde unterlassen haben, so stelle ich anheim, ihm eine entsprechende Mitteilung zu machen. — In einzelnen Fällen ist die Entscheidung bereits erfolgt.

J. V.: Beck."

Danach scheint die Oberzolldirektion der Entscheidung des Hauptzollamtes in Lemgo nicht zuzustimmen. Die in Frage kommenden Tabakarbeiter werden nunmehr ihre Ansprüche einzeln geltend machen müssen.

Slaventum und Proletariat.

Die soeben erschienene Nr. 15/16 des Zentralorgans der russischen Sozialdemokratie, „Sozialdemokrat", bringt unter obigem Titel einen Artikel des Genossen Kmn., der die Politik der russischen Konterrevolution in Polen und am Balkan schildert und die Aufgaben beleuchtet, die sich für das Proletariat Rußlands und der Balkanländer aus dieser Situation ergeben. In Anbetracht des verstärkten Interesses, das diese Fragen gegenwärtig beanspruchen, lassen wir den Artikel fast unverkürzt folgen.

Vor zwei Jahren versuchte die flegestrunkene, jedoch im Grunde vor der Revolution zitternde, bürgerliche und feudale Reaktion in Rußland in gleicher Weise ihre und des Zarismus Position durch die Wiederbelebung einer aktiven Politik am Balkan zu festigen. Der Oktobristenführer Gutschkow an der Spitze der Reichsverteidigungskommission der Duma, der Kadettenführer Miljukow an der Spitze des „slavischen" Chors, der Iswolski unterstützte, der liberale Schriftsteller Struve an der Spitze der Verteidiger der Idee eines „Großen Rußlands", die polnischen Nationaldemokraten, die die Fragen der russisch-polnischen Beziehungen durch Unterredungen mit den Mitarbeitern der offiziösen „Nowoje Wremja" zu lösen suchten, — alle Kräfte des Bürgertums stellten sich in den Dienst der „Mission", die der Zarismus im nahen Orient zu vollstrecken hatte. Und nur die „eigensinnigen" Vertreter des echtrussischen" Kurses, Purischkewitsch und Menschikow, hörten nicht auf zu wiederholen, daß das Bauchrutschen vor Kaiser Wilhelm eine weit sicherere Garantie für die Stabilität der russischen Konterrevolution bildete, als das Anprobieren von Sokollostümen durch Graf Bobrinski und Maklakow.

Die Richtigkeit und Scharfsichtigkeit dieser Anschauung erhielt ihre Bestätigung von einer ganz unerwarteten Seite — von der türkischen Armee. Nachdem die türkische Revolution Bulgarien die Selbständigkeit und Österreich-Ungarn die faktisch in seinem Besitz befindlichen Provinzen Bosnien und Herzegowina abgetreten, entwickelte sie am Schwarzen Meere eine Machtfülle, die imstande ist, die Träume der russischen „Slaven" von der Balkanhalbinsel in außerordentlichem Maße abzukühlen.

Aus diesem Grunde wurde die türkische Revolution nicht nur von den Spezialisten der russischen Konterrevolution mit Zähneknirschen, sondern auch von dem „neoslavischen" Liberalismus mit saurer Miene begrüßt. Die Vernichtung der Despotie Abdul-Hamids durch die innere revolutionäre Krise bedeutete nicht nur eine Verletzung dieses oder jenes Paragraphen des Berliner Traktats, sondern ein Attentat gegen die Grundlage desselben. Kein Wunder, daß die Widersprüche der am Balkan aufeinanderprallenden Interessen, die bis dahin durch den glatten Stil der diplomatischen Noten verhüllt wurden, sofort auf der ganzen Linie hervortreten und mit einer Schnelligkeit, die nur die Kanzelaristen der Ministerien des Äußeren in Erstaunen versetzte, alle Fragen auf den Boden des offenen Vergleichs der zur Verfügung stehenden Armeekorps übertragen mußten. Aber die Energie dieser militärischen Kräfte spiegelt an allen Punkten des heutigen Europas nur die Energie der kapitalistischen Entwicklung des betreffenden Landes wieder.

In diesem Konkurrenzkampfe waren die Chancen der russischen Konterrevolution von vornherein klar. Eben diese Tatsache sah sich ihr Emissär am Balkan, Graf Bobronski, gezwungen, in seiner jüngsten Rede auf dem Bankett des Belgrader Stadtrats den Balkanslaven mitzuteilen. „Unlängst — so erklärte er — schien es, als habe die Stunde geschlagen, wo Rußland auf die serbischen Angelegenheiten reagieren mußte. Aber Sie wissen, daß wir schweigen mußten, und wir schwiegen mit Zähneknirschen".

Aber der Zarismus, der gerade zu der Zeit, wo er sprechen soll, zum „Schweigen" verurteilt ist, besitzt kein Interesse für die Gruppen der slavischen Bourgeoisie in verschiedenen Ländern und Provinzen, für die seine Politik am Balkan als Waffe im Kampfe gegen das deutsche Kapital dienen sollte.

Darum verwandelte sich der Slavenkongreß in Sofia — zwei Jahre nach den Petersburger Konferenzen und den Prager Festlichkeiten — in eine mehr oder minder feierliche Bestattung des „Neoslavismus" — jenes Slavismus, der sich auf das konterrevolutionäre Rußland hatte stützen wollen. Und als der Vertreter des in industrieller Beziehung vorgeschrittensten slavischen Gebietes, der Tscheche Kramarez, angesichts des Zusammenbruchs seiner Hoffnungen auf die russische Konterrevolution, den Vertretern der letzteren den Titel „Slaven" absprach, rächte er sich nicht nur für den Mißerfolg seiner Entreprise, sondern konstatierte auch den Ausschluß des Stolypinschen Rußland aus dem System der Kräfte, die fähig wären, dem deutschen Kapital am Balkan Widerstand zu leisten.

Dieser Zusammenbruch des Panslavismus kann nun weder durch die „Versprechungen" Bobrinskis und die Aufforderungen der offiziösen „Rossija" zum Kampfe gegen den „Germanismus", noch durch die Lobeshymnen des oktobristischen Zentralorgans an die Adresse des Kongresses in Sofia vertuscht werden. Das bedeutet aber weder, daß Rußland sein räuberisches Spiel am Balkan eingestellt hat, noch daß die Balkanstaaten überhaupt aufgehört haben, die Rolle eines beständigen Köders für die „Großmächte" zu spielen.

Auf eine Reihe selbständiger Staaten zersplittert, von einem Haufen von Dynastien ausgesogen, durch die eigennützigen Interessen der Bourgeoisie — die sich hier mit den dynastischen Interessen verflechten — in das Chaos ununterbrochener nationaler Zwistigkeiten gestürzt, außerstande, in dieser Situation ihre sozialökonomische Rückständigkeit zu überwinden, wird die Balkanhalbinsel für die panslavistischen Intrigen des Zarismus und die Börsengeschäfte des imperialistischen Kapitals noch so lange Raum bieten, bis sie sich selbst in der Föderation der Balkanstaaten genügende Rahmen für die Entwicklung ihrer Produktivkräfte schaffen wird. Die Losung der „föderativen Republik auf der Balkanhalbinsel", die von der sozialdemokratischen Balkankonferenz proklamiert und von Dutzenden von Protestversammlungen, die die bulgarische Sozialdemokratie gegen den Slavenkongreß in Sofia einberief, in den Vordergrund gerückt wurde, zeigt den Weg, den das Proletariat der Balkanhalbinsel in seinem Kampfe eingeschlagen hat.

Die Unterstützung dieser Losung durch das Proletariat Rußlands wird für das letztere auch als Mittel dienen können, den wahren Charakter des „Panslavismus" der russischen Bourgeoisie aufzudecken.

Die „slavische" Politik des russischen Liberalismus, die heute am Prager Slavenkongreß teilnimmt und vom Neoslavismus schwätzt, und morgen gezwungen ist, die Teilnahme am Kongreß in Sofia abzulehnen, da es sich „erwiesen" hat, daß der liberale „Neoslavismus" voll und ganz als „Waffe für die alten politischen Ziele" der russischen Reaktion ausgenutzt worden ist (siehe „Retsch" No. 190, 14. Juli 1910); diese Politik, die dem Liberalismus heute gestattet, an die staatliche „Loyalität" der Polen zu appellieren, und morgen, unter den Streichen der siegreichen Staatsordnung der russischen Nationalisten, die „polnischen Rechte" als notwendige Vorbedingung des Erfolges des Neoslavismus hervorzuheben, kann niemand außer diejenigen irreführen, die — wie die polnischen Nationaldemokraten — hinsichtlich der Balkanappetite des russischen Kapitals, die den „slavischen" Gefühlen des Liberalismus zugrunde liegen, irre geführt werden wollen.

Der nationalistische Feldzug der russischen Konterrevolution, der deutschfeindliche Chauvinismus der polnischen und russischen Bourgeoisie, die nationalpatriotischen Bestrebungen des polnischen kleinbürgerlichen Sozialismus unterstreichen vor dem polnischen und russischen Proletariat nur die Notwendigkeit, diesem Feldzug und diesen Bestrebungen die Losung der Interessengemeinschaft der Arbeiterklasse Polens und Rußlands, die Losung des Kampfes für ein autonomes Polen auf dem Boden der allgemeinen Demokratisierung der politischen Ordnung Rußlands entgegenzusetzen.

Das „Slavophilentum" der russischen und polnischen Bourgeoisie mußte zu gleicher Zeit halt machen an der Schwäche der russischen Konterrevolution am Balkan, wie an den russisch-polnischen Beziehungen. Indessen ist die Konterrevolution, die „unfähig" ist, auch nur eine der „slavischen" Fragen selbst zu lösen, imstande, ihre Lösung im Sinne der Demokratie in gleicher Weise in Polen wie am Balkan aufzuhalten. Der Kampf gegen die russische Konterrevolution ist darum ein notwendiges Vorspiel bei der Lösung der Fragen, die vor dem Proletariat aller slavischen Länder stehen.

Die Autonomie Polens und die föderative Republik auf der Balkanhalbinsel — das sind die beiden von einander untrennbaren Losungen, die die „slavische" Frage und die „slavischen" Gefühle des Proletariats Rußlands in erschöpfender Weise wiedergeben. Indem es diese Losungen dem Nationalismus und dem Slavophilentum des Zarismus und der bürgerlichen Parteien entgegensetzt, verkörpert es in ihnen die internationale Solidarität des Proletariats aller Länder. Denn nur diese Losungen sehen eine solche Lösung der „Slavischen Fragen" voraus, die — alle Beziehungen des kapitalistischen Europa revolutionierend — das internationale Proletariat von der Verpflichtung befreien, die Kostenrechnung zu bezahlen für die Börsenwölfe und Monarchen, für die die nationalen Zwistigkeiten, wie die nationalen „Befreiungskämpfe" in gleicher Weise nur als Gegenstand vorteilhafter Spekulationen dienen.

Die Knappschaftsältestenwahlen im Ruhrgebiet

haben, wie schon kurz berichtet, mit einer vernichtenden Niederlage für den Gewerkverein christlicher Bergarbeiter geendet, trotz des Kompromisses mit den Zechen und den konfessionellen Vereinen. Von insgesamt 419 Mandaten erhielten:

der Bergarbeiterverband	299	Mandate,
Gewerkverein u. Zechenmischmasch	83	„
Polnische Berufsvereinigung . .	28	„
Zechen allein	7	„
Gewerkverein Hirsch-Duncker . .	—	„

Zwei Resultate sind noch nicht bekannt. Die Hirsche gingen also völlig leer aus und es wäre ihnen jetzt doch zu raten, ihre Organisationsspielerei an den Nagel zu hängen.

Was der 29. August 1910, der Tag der Sicherheitsmännerwahlen so glänzend begonnen, hat der 17. September vollendet. Bekanntlich erhielt der Bergarbeiterverband bei den Sicherheitsmännerwahlen 1 136, der Gewerkverein nur 336 Mandate; um nicht nach außen einen gar zu kläglichen Eindruck zu machen, schwindelte der Gewerkverein sich rund 100 Mandate dazu und gab 436 an. Vielleicht wird er jetzt dieselbe Methode befolgen, um die Öffentlichkeit zu täuschen.

Die absolute Mehrheit der Knappschaftsältesten beträgt 210; der Bergarbeiterverband hat also rund 89 Älteste über die absolute Mehrheit. Der Bergarbeiterverband hatte vor den Neuwahlen 234; der Gewerkverein nach Angabe seines Sekretärs Steeger in der Generalversammlung des Knappschaftsvereins am 30. Juni 1910 133 Älteste, der Gewerkverein hat danach rund 50 Ältestenmandate verloren, der Bergarbeiterverband hat rund 65 gewonnen.

Der Bergarbeiterverband hat also nicht nur dem vereinten Ansturm seiner Gegner glänzend widerstanden, sondern ihnen eine vernichtende Niederlage beigebracht; sie bilden heute nur noch eine völlig hoffnungslose kleine Minderheit.

Diese Niederlage ist besonders für den Gewerkverein viel niederschmetternder, als die vom 10. September 1910; auch bei dieser Wahl hatte sich der Gewerkverein mit den Zechen verbündet, um den Bergarbeiterverband niederzuringen. Es erhielten damals von 310 zu wählenden Ältesten der Bergarbeiterverband 174 Älteste, Gewerkverein und Zechenmischmasch 111, Zechen allein 16, Mischmasch 4.

Infolge dieser Niederlage ist Brust damals vom Vorsitzendenstuhl der Gewerkvereine gefallen; seiner wüsten Kampfesweise schrieb man die Niederlage zu. An seine Stelle traten die heutigen Leiter des Gewerkvereins, die Imbusch-Rürop-Clique, wie sie Brust nannte, und der siebenmalgescheite Sprachenparagraphenfranz Behrens. Diese so überaus klugen Strategen haben seither den Gewerkverein von Niederlage zu Niederlage geführt. Damals hatte der Gewerkverein noch etwa 36 Prozent der Ältesten erhalten, während er es jetzt auf nicht ganz 20 Prozent gebracht hat.

Wenn die Niederlage heute noch niederschmetternder und blamabler ist, wie damals, so kann gesagt werden, daß Brusts Nachfolger auch noch unanständiger gekämpft haben, wie dieser. Brust wurde am 24. Juni 1899 vor dem Schöffengericht in Essen nachgewiesen, daß er erklärt hatte:

„Ich weiß, daß die Verbandsleitung ehrlich wirtschaftet, aber es ist mein Geschäft, sie zu verdächtigen."

Trotzdem hat sich Brust aber nie zu Brieffälschungen verstiegen, um seine Gegner herunterzureißen, wie es diesmal mit dem „Freund-Heinrich-Brief" geschah. Der Brief kennzeichnete sich schon deshalb sofort als grobe Fälschung, weil er alles enthält, was der Gewerkvereinsleitung nach Lage der Verhältnisse in den Kram paßte. Besonders verdächtig erscheint weiter ein Schreiben des christlichen Sekretärs Franz Hüskes-Dortmund an den Dortmunder Verbandsvertrauensmann Heinrich Wächter, der ihn zu einer persönlichen Zusammenkunft und Unterredung bittet. Wächter ist als ein alter Veteran in der Bergarbeiterbewegung, der in Ehren ergraut ist und dem Verband schon seit dessen Gründung angehört. Daraus erklärt sich auch, daß er den Herrn Hüskes nicht einmal einer Antwort würdigte. Was aber wollte Hüskes von Heinrich Wächter?

Bekanntlich gingen nach der Veröffentlichung des „Heinrich-Briefes" die Vorstandsmitglieder des Verbandes, Husemann und Waldhecker, zum Hauptbureau des Gewerkvereins und forderten die Vorlegung des Briefes, um den Schreiber zu ermitteln. Die Gewerkvereinsleitung weigerte sich jedoch, den Brief vorzulegen. Warum? Nur dadurch konnte doch der Briefschreiber noch vor der Wahl ermittelt werden! Die Gewerkvereinsleitung verhinderte so jede Aufklärung vor der Wahl! War das ehrlich? War das anständig? War das christlich? Der „Bergknappe" aber hatte geschrieben:

„Auf durchaus ehrliche Weise ging dem christlichen Gewerkverein folgender Brief eines führenden Mitgliedes des alten Verbandes an einen anderen Verbandsführer zu, der für Dortmund ganz besonders interessant ist."

Es konnte sich nach diesen Ausführungen doch nur um einen Verbandsführer aus Dortmund handeln, wie ja der Brief aus Dortmund datiert war. Darum legten Husemann und Waldhecker der Gewerkvereinsleitung Handschriften aller führenden Verbändler aus Dortmund vor, die den Vornamen Heinrich tragen. Die Gewerkvereinsleitung mußte zugeben, daß keine von diesen den Heinrich-Brief geschrieben habe. Warum weigerte sich die Gewerkvereinsleitung nun trotzdem, den Brief vorzulegen? Warum wurde der Brief nicht, wie gefordert, sofort im Faksimile veröffentlicht, damit eine Nachprüfung möglich war? Die Gewerkvereinsleitung sucht dieses mehr als sonderbare Verhalten durch eine Erklärung zu rechtfertigen, worin sie u. a. sagt: „Für uns war hierbei entscheidend, nicht nur den Schreiber und Adressaten des Briefes genau und zweifelsfrei festzustellen, sondern auch die Aussicht zu behalten, die 7 anderen Personen zu fassen, von denen der Briefschreiber spricht." Durch vorzeitige und ungeeignete Bekanntgabe des Briefschreibers hätte dieses aber vereitelt werden können." Nach dieser Erklärung kannte die Gewerkvereinsleitung also weder den Schreiber, noch den Adressaten des Heinrich-Briefes. Nach diesen Ausführungen des „Bergknappen" aber mußte angenommen werden, daß der Schreiber doch bekannt war, wie konnte sonst behauptet werden, es sei ein Verbandsführer. Man mußte sogar annehmen, daß Briefschreiber und Adressat der Gewerkvereinsleitung bekannt waren.

Das Faksimile des Briefes veröffentlicht der „Bergknappe" dann erst in seiner Nummer vom 17. September, er machte damit jede Aufklärung vor der Wahl unmöglich. Die Gewerkvereinsleitung gab trotzdem am Tage der Wahl ein Flugblatt heraus, in dem es hieß;

„Briefschreiber gefunden! Am 15. September erklärte ein früherer Arbeitskamerad des Verbandsbeamten Aufderstraße, als ihm ein Abdruck des Genossen „Heinrich" gezeigt wurde, er erkenne in der Schrift bestimmt die Handschrift seines früheren Arbeitskameraden und späteren Verbandsbeamten Heinrich Aufderstraße. Diese Behauptung wiederholte er auch am folgenden Tage."

Dieses Flugblatt war verantwortlich gezeichnet von Heinrich Imbusch. Trotzdem Aufderstraße sofort alles tat, um einen Widerruf durch Imbusch herbeizuführen, und ihm bewies, daß er der Schreiber nicht sei, weigert sich Imbusch, zu widerrufen. So springen diese Leute mit der Ehre ihrer Mitmenschen um.

Die Verbandsleitung konnte aber im letzten Augenblicke den Schwindel nicht mehr aufdecken. Darauf aber nur kam es der Gewerkvereinsleitung an.

Ein von einem Schreibsachverständigen abgefaßtes Gutachten kommt bei der Vergleichung des Heinrich-Briefes mit einem Briefe des christlichen Sekretärs Franz Hüskes-Dortmund zu dem Ergebnis, daß beide Schreiben sehr verwandte Schriftzüge aufweisen, die im Heinrich-Briefe nur verstellt sind. Weitere Aufklärung wird an Gerichtsstelle erwartet werden. — Die Kraftprobe der vereinten Gegner gegen den Bergarbeiterverband hat trotz der schimpflichen Kampfesmittel elend Schiffbruch gelitten. Diese Wahlen sollten ein Vorspiel sein zu den kommenden Reichstagswahlen; sie sind es geworden, aber nicht, wie es die Gegner wünschten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 24. September.

Achtung Maurer und Bauhilfsarbeiter. Die Koloniebauten in Kücknitz sind wegen Akkordarbeit gesperrt, des weiteren der Bau C. Berlies, Ecke Rotlöscherstraße, wegen Lohnzahlungsschwierigkeiten.

Zur Generalaussperrung in der Metallindustrie.

Der Generalsekretär des Verbandes der Berliner Metallindustriellen hat dem „Berliner Tageblatt" über den Umfang der Aussperrung der Metallarbeiter folgende Angaben gemacht: In Berlin dürften etwa 85 000, in Hamburg 14 000, in Stettin 12 000, in Chemnitz 22 000 Arbeiter von der Aussperrung betroffen werden. Die Unternehmer berechnen, daß der Kampf den Arbeitern jede Woche eine Last von 2 Millionen Mark auferlege. Es soll versucht werden, die national und christlich Organisierten von der Aussperrung zu verschonen.

Der Sitzung des Ausschusses des Gesamtverbandes der Metallindustriellen war am Mittwoch eine Sitzung des Verbandes der Berliner Industriellen voraufgegangen. In dieser Sitzung waren sämtliche 34 Bezirke des Verbandes vertreten, die 1572 Firmen mit über 400 000 beschäftigten Arbeitern umfassen. Den Vorsitz führte Kommerzienrat Menck-Altona. — Die großindustriellen Berliner Betriebe waren zumeist durch ihre Leiter selbst vertreten; so waren anwesend Kommerzienrat Borsig, Direktor Pavers vom Kabelwerk Oberspree (A. E. G.), Kommerzienrat M. Flohr, Direktor Brandes, Direktor Brückmann (Firma Schwartzkopff), Baurat Dihlmann (Siemens-Konzern) usw. Die Sitzung war nur verhältnismäßig kurz, obgleich die Erstattung des Berichts der Vertrauenskommission geraume Zeit in Anspruch nahm. Der Antrag, die Seeschiffswerften in ihrem Kampf durch eine Gesamtaussperrung zu unterstützen, war rasch erledigt: man war darüber einig, daß man den Werften helfen müsse, und keine Stimme sprach sich dagegen aus.

Der Zentralrat der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine hat beschlossen, die ferneren Maßnahmen der zur Beobachtung dieses Kampfes eingesetzten Kommission zu überlassen, in der Vertreter aller beteiligten Gewerkvereine sitzen. Der Vorsitzende erklärte, daß bei erfolgter Aussperrung der 60 Proz. von den übrigen 40 Proz. in Arbeit Verbleibenden keiner ohne Zustimmung der Organisationsleitung die Arbeit niederlegen darf.

Der christliche Verband und der Zentralverband haben noch nicht Stellung genommen.

Die streikenden und ausgesperten Werftarbeiter in Stettin veranstalteten Donnerstag einen imposanten Demonstrationszug gegen die geplante Aussperrung in der Metallindustrie. Der Zug, der einschließlich Frauen und Kinder etwa 4000 Personen umfaßte, bewegte sich in den Nachmittagsstunden in großer Ruhe und Ordnung durch die Straßen der Stadt und endete in einem Lokal, wo der Streikleiter eine kurze Ansprache hielt. — Die Polizeibehörde hatte ihre Einwilligung zu dem Demonstrationszug erteilt.

Die seitens des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller angebahnten Verhandlungen finden nach uns gewordener Information am Montag, 26. September, in Berlin statt. Nach Anrufung des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller durch die Gruppe deutscher Seeschiffswerften liegt nun die Ob diese zu einem befriedigenden Abschluß führen, muß abgewartet werden.

Zur hiesigen Werftarbeiterbewegung schreibt die „Eisenbahn-Zeitung" in ihrer gestrigen Ausgabe, daß man in Lübeck bereits streikmüde sei, denn es hätten sich bereits 9 Tischler wieder freiwillig zur Arbeit gemeldet. Der Wunsch scheint auch hier der Vater des Gedankens zu sein, denn von einer Streikmüdigkeit der organisierten Arbeiterschaft Lübecks kann keine Rede sein. Es handelt sich hier nur um die 9 Holzarbeiter, welche es bisher nicht für nötig gehalten haben, sich einer Organisation anzuschließen. Daraus auf eine Streikmüdigkeit bei 1800 ausgesperrten und streikenden Arbeitern zu schließen, ist denn doch wohl etwas starker Tabak. Die organisierte Lübecker Arbeiterschaft steht nach wie vor einig und geschlossen da, und läßt sich von dem Beschluß der Arbeitgeber, eine Gesamtaussperrung vorzunehmen, auch nicht wankend machen.

Mitarbeiter

der Parteipresse zu werden, sollte sich jeder Genosse, dem die Weiterverbreitung des Arbeiterblattes am Herzen liegt, angelegen sein lassen. Mancher Leser und manche Leserin glauben, „die" in der Redaktion hören das Gras wachsen, sie wissen alles, was Wichtiges am Orte vorgeht. Ist zum Beispiel in einem Hause der Stadt oder Umgebung ein Unglücksfall passiert, dann blicken die Hausbewohner in ihre Zeitung, um zu sehen, was sie denn darüber schreibt. Doch enttäuscht legen sie ihr Blatt wieder zur Seite. Es ist nichts davon zu lesen. Verwundert fragt sich mancher, wie das möglich ist. Die meisten denken aber nicht daran, daß sie einen Teil der Schuld mit tragen, weil sie es unterlassen haben, sofort der Redaktion von dem Vorkommnis Mitteilung zu machen, denn auch ein Redakteur kann nicht überall sein — sein Platz ist während der Arbeitszeit die Redaktion. Was die Redaktion nicht von ihren Mitarbeitern und Freunden erfährt, kann auch nicht in der Zeitung stehen. Mögen das die Leser immer beachten. Jeder Leser des „Volksboten" kann mithelfen, seine Zeitung interessant und aktuell zu gestalten, wenn er der Redaktion wichtige Vorkommnisse rasch und wahrheitsgemäß entweder persönlich oder telephonisch oder schriftlich mitteilt. Bei Mitteilung tatsächlicher Natur ist es durchaus nicht nötig, stilgerecht abgefaßte Mitteilungen einzuschicken: es genügt schon, wenn der Sachverhalt kurz und wahrheitsgemäß niedergeschrieben wird. Jeder Parteigenosse sollte es sich zur Pflicht machen, Mitarbeiter des „Lüb. Volksboten" zu sein.

Stellvertretender Standesbeamter. Der Senat hat den bei dem Stadt- und Landamte beschäftigten Assessor Dr. G. Fr. Storck zum stellvertretenden Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Lübeck ernannt.

Neuer Rechtsanwalt. Der bisherige Referendar H. A. Brehmer ist zur Rechtsanwaltschaft bei dem Landgerichte und dem Amtsgerichte hierselbst zugelassen und in die hiesige Rechtsanwaltsliste eingetragen.

Bevölkerungsbewegung im lübeckischen Staate während des August 1910. Die Zahl der Eheschließungen betrug 43 (1909: 58), die der Lebendgeburten 243 (297) und die der Sterbefälle 158 (99). Der Geburtenüberschuß belief sich demgemäß auf 85 (198). Uneheliche Geburten kamen 24 mal vor. Totgeburten wurden 6 mal registriert.

Öffentliche Bücher- und Lesehalle. Die baulichen Veränderungen in der Bücher- und Lesehalle sind vor kurzem zum Abschluß gebracht. Dank der von Senat und Bürgerausschuß bewilligten Mittel ist es dem Bauamt gelungen, sowohl für das Magazin wie für den Ausleiheraum wesentlich verbesserte Räume zu schaffen, die voraussichtlich für weitere Jahre ausreichen werden. Die frühere Ausleihe, in der zum Teil auch die Bücher untergebracht waren, ist zu einem modernen Büchermagazin umgestaltet worden, in dem der gesamte Bestand, zurzeit rund 12 500 Bände, Platz gefunden haben. Die übersichtliche Aufstellung auf den neuen zweckmäßigen Regalen erleichtert das Finden der Bücher bedeutend. Durch die Vergrößerung des Ausleiheraumes und die Anordnung, daß die Leser von rechts an die Ausleihe herantreten müssen, wird eine schnellere Abfertigung des Publikums ermöglicht und damit die sonst häufig laut gewordene Klage über zu langes Warten beseitigt. Der ganze Bestand wurde einer gründlichen Revision unterzogen; dabei wurde eine größere Zahl abgenutzter Exemplare ausgeschieden und durch neue ersetzt. Der Ende dieses Monats erscheinende erste Nachtrag des Katalogs, der auch ein Schlagwortverzeichnis für den ganzen Katalog enthält und etwa 160 Seiten umfaßt wird die Leser von den Neuerwerbungen auf allen Gebieten in Kenntnis setzen.

Die Wasserwärme des Krähenteiches betrug gestern mittag 15 Grad Badeanstalt Falkendamm (Wakenitz) 15½ Grad.

pb. **Diebstahl?** Aus dem Steuermannslogis des im hiesigen Hafen liegenden russischen Seglers „Janow" ist in der Nacht vom 22./23. ds. Mts. ein dunkler braunkarierter Winterüberzieher abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden. Der Überzieher trägt den Namen einer Rigaer Firma.

Kaiser-Panorama, Breitestraße. Die dieswöchige Bilderserie führt uns nach Mexiko und Texas. Wie uns die Besitzerin des Panoramas mitteilt, wird den ausländischen Bilderserien leider nicht das Interesse entgegengebracht, wie es diese hochinteressanten Serien verdienen. Die meisten Besucher des Panoramas sehen sich die Serien an, die ihnen von früheren Reisen bekannt sind und solche Serien, die sie voraussichtlich noch persönlich kennen lernen. Und doch sollten vor allen Dingen Bilder aus fremden Ländern, welch letztere man nur durch Beschreibungen und durch Illustrationen kennt, in Augenschein genommen werden. Die ausländischen Serien sind durchweg am interessantesten. Fremde Völker, andere Vegetation, unbekannte Bauten, sowie Sitten und Gebräuche der Eingeborenen wechseln in bunter Reihenfolge. Wir wollen hoffen, daß die dieswöchige neu aufgenommene Serie sehr stark besucht werden wird, damit uns öfter ausländische Zyklen vorgeführt werden.

Neues Stadttheater. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Heute, Sonnabend, gelangt Mozarts große Oper „Don Juan" in der bekannten Besetzung zur Aufführung. — Sonntag, abends 7½ Uhr, findet die Erstaufführung der erfolgreichen Operetten-Novität „Die Förster-Christl" von Georg Jarno statt. Die entzückende, melodienreiche Operette, die inzwischen von über 100 Bühnen, darunter den größten deutschen und österreichischen Städten zur Aufführung gebracht wurde, feierte vor kurzem das Jubiläum ihrer 250. Aufführung im „Lustspielhaus" in Wien. Die Jubelvorstellung glich einer siegreichen Premiere. Der Komponist, der persönlich die Vorstellung leitete, der Librettist und die Darsteller wurden wieder und wieder von dem entzückten Publikum hervorgerufen. In den Hauptrollen der Operette sind hier die Damen: Thornegg, Bauer, Weber und Neuendorff, sowie die Herren Haas, Stahl-Nachbaur, von Schenck, Scholz, Meyer und Heydecker beschäftigt. Die Inszenierung liegt in Händen des Herrn Oberregisseurs Fuchs, die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Blumann. — Am Montag kommt Scribes Lustspiel „Das Glas Wasser" zur Wiederholung.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Sonntag Raub der Sabinerinnen" von Schönthan in Szene. In den Hauptrollen sind die Damen Bilger, Werner, Gerlach, Volz, sowie die Herren Albert, Grube, Taube, Ellmar und Meynadier beschäftigt. Die Regie führt Herr Albert. (Vorverkauf der Billetts siehe Inserat.)

Schwartau. Der neue Gemeindevorsteher, Dr. jur. Gleininger, ist von der Regierung bestätigt worden. Er tritt sein Amt am 1. Oktober an.

Hamburg. Aus der Bürgerschaft. In der ersten Sitzung nach den Ferien, am Mittwochabend, liefen mehrere Anträge ein, welche die Einleitung geeigneter Schritte zur Beseitigung der Fleischnot und Verbilligung des Fleisches bezw. Aufhebung der Grenzsperre und Lebensmittelzölle verlangen. Ein weiterer Antrag forderte, daß die Quarantäne und Tuberkulinimpfung für aus Dänemark eingeführtes Schlachtvieh aufgehoben und dafür angeordnet werde, daß dieses Vieh unter den erforderlichen Vorsichtsmaßregeln direkt auf die Schlachthöfe zur alsbaldigen Abschlachtung überführt werde. Die Anträge gelangen in einer der nächsten Sitzungen zur Verhandlung. Da die neue Beamtengehaltsvorlage im Schoße der Kommission ruht und noch geraume Zeit vergehen dürfte, bis die Sache an das Plenum zurück gelangt, beantragte der Senat, bis zur definitiven Regelung allen Beamten und Angestellten mit einem Jahresgehalt von weniger als 3000 Mk. eine jährliche Gehaltszulage von 100 Mk. zu gewähren. Auf Antrag der Linksliberalen wurde die Grenze auf 4000 Mk. festgesetzt und mit dieser Modifikation der Antrag angenommen. Obwohl schon früher die Bürgerschaft sich gegen die Vorschulen zu den höheren Schulen ausgesprochen hat, beantragte der Senat den Bau einer neuen Realschule mit Vorschule. Die Linke wandte sich entschieden gegen den Antrag, während der Vertreter der Patrizierpartei die Abneigung dieser auf Demokratisierung des Schulwesens abzielende Beseitigung der Vorschulen in die Worte kleidete: „Nach meinem Geschmack ist es nicht gut, die Eltern zu zwingen, ihre Kinder in die Volksschule zu schicken, wenn sie sie dorthin gar nicht haben wollen." Mit 63 gegen 50 Stimmen wurde die Realschule ohne Vorschule bewilligt, doch hat noch eine zweite Lesung stattzufinden.

Altona. Der Arbeiter hat das moralische Recht, Streikarbeit zu verweigern. So entschied das Altonaer Gewerbegericht unter Vorsitz des Landgerichtsrats Wulf. Kläger waren zwei Maschinenbauer, die bei der Firma Menck u. Hambrock in Arbeit gestanden hatten und ohne Einhaltung der 14tägigen Kündigungsfrist entlassen worden sind, weil sie sich weigerten, Streikarbeit zu verrichten. Außerdem hatte die Firma ihnen den verdienten Lohn, der bei dem einen 19,40 Mk., bei dem andern 12,10 Mk. betrug, vorenthalten. Die Kläger verlangten Ausbezahlung des einbehaltenen Lohnes und Entschädigung für die kündigungslose Entlassung. Als Rechtsbeistand der Kläger war Genosse Kürbis erschienen, gegen dessen Zulassung der Firmenvertreter Einspruch erhob. Das Gericht beanstandete zunächst auch die Zulassung des Gen. Kürbis, ließ ihn aber dann zu, da Kürbis weder Arbeitersekretär noch gewerbsmäßiger Rechtskonsulent ist. Die Firma wurde verurteilt, den einbehaltenen Lohn auszuzahlen, dagegen wurden die Kläger mit ihrem weitergehenden Anspruch wegen unbegründeter Entlassung abgewiesen. Das Gericht begründet diese Abweisung wie folgt: Eine beharrliche Verweigerung der Arbeit liegt vor, wenn Streikarbeit zurückgewiesen wird. Das gesetzliche Recht unterscheidet sich aber von dem moralischen. Es könne, wie hier die Sache liegt, als richtig unterstellt werden, daß die Zumutung, Streikarbeit zu verrichten, von dem klassenbewußten Arbeiter als eine Verletzung des persönlichen Ehrgefühls aufgefaßt wird. Das moralische Recht könne hier aber keine Anwendung finden, weil das gesetzliche Recht anders ist. Die Klage müsse deshalb insoweit abgewiesen werden, als sie Entschädigung für die Nichteinhaltung der Kündigungsfrist verlangt.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.

Freitag, den 23. September.

D. Lübeck, Kapt. Lundin, von Kopenhagen, 12 St.
D. Amalienborg, Kapt. Petersen, von Kopenhagen, 16 St.
Docothea, Kapt. Möller von Hadersleben, 2 T.
D. Aeolus, Kapt. Klinteberg, von Kalmar, 24 St.
Nauta, Kapt. Maosen, von Kiel, 12 St.
Frieda, Kapt. Berndsen, von Lysekil, 4 T.
Suomi, Kapt. Jasonen von Wiborg, 13 St.
D. Luise, Kapt. Stöwhase, von Memel, 48 St.
Motala, Kapt. Gustavson, von Gefle, 64 St.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.

Donnerstag, den 22. September.

D. Halland, Kapt. Kollberg, nach Kopenhagen.
J. G. S. Adolf, Kapt. Fenger, nach Libau.

Freitag, den 23. September.

Svanen, Kapt. Larsson, nach Karlshamn.
Aurora, Kapt. Schlöpcke, nach Neustadt.

Schiffsbewegungen.

D. Narvik ist gestern vormittag von Herrenwyk in Lulea angekommen.

D. Finnland ist vorgestern abend von Abo auf hier abgegangen.

D. Lübeck ist vorgestern nachmittag von Narvik in Emden angekommen.

D. Stadt Lübeck ist gestern mittag von Danzig nach hier abgegangen.

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 23. Sept.

1. Qualität	121—129 Mk.
2. „	105—116 „
Fehlerhafte und ältere Bauernbutter	— „
Schleswigsche und holsteinische Bauernbutter	— „
Russisch-Sibirische I. Qualität, verzollt	113—116 „
do. II. do.	108—112 „

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 23. Sept.

Auftrieb 2956 Schweine. Markt mäßig rege. Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 65,— bis 66,— (52,— bis 53,— Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 64,50 bis 65,— (51,50 bis 52,—) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 65,— bis 66,— (50,50 bis 51,50) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 65,00 bis 66,00 (50,50 bis 51,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 60,00 bis 64,00 (45,50 bis 48,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 61,00 bis 62,00 (49,00 bis 49,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 53,00 bis 59,00 (42,00 bis 46,00) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.

Sonntag, den 25. cr. wird die
Loge Hoffnung des Itl. Abstinenz-Ordens
im Ges.-Haus Monopol, Johsstr., eröffnet. **C. Kantner**, gr. Sekretär.

Wilhelm-Theater.
Jeden Sonntag von 5—1 Uhr:
Tanzkränzchen

Adlershorst.
Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen**

Einsegel.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. **F. Jenkel.**

Konzerthaus Heinrichshof
Ratzeburger Allee.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr.

Gasthof „Zum Riesebusch“,
Schwartau.
Sonntag, den 25. September:
Große Tanzmusik.
Hierzu ladet freundl. ein
Gotth. Strunck.

Kaffeehaus Moisling.
Heute: Gr. Erntefest.
Eintritt frei.

Waisenhof.
Sonntag: Tanz.
Eintritt frei.
Gustav Gipp.

Travestrand Moisling.
Sonntag, den 25. September:
Gr. Tanzkränzchen. Anfang 4 Uhr.
Es ladet ergebenst ein **A. Henkel.**

Panorama
Breitestr. 53. I., Fl.
Vom 25. Septbr. bis 1. Oktober:
Von Mexiko nach Texas.

Roher Schinken i. Ausschnitt Pfd.	2.00	Sardellenwurst Pfd.	1.20	Hocht. Tafelbutter Pfd.	1.35	**Käse.**	
Gek. Schinken im Ausschnitt „	1.80	Meckl. Schlackw. „	1.40	Feine Esbutter „	1.30	Schweizer Käse echt Emment. Pfd.	1.20
Gek. Pökelfleisch „	1.50	„ Plockwurst „	1.20	II. Sorte Meiereibutt. „	1.20	Schweizer Käse „	90 ₰
Hmb. Rauchfleisch „	1.60	„ Landleberw. „	1.00	**Margarine** nur feinste Marken Pfd. 60 70 80 u. 90 ₰		Edamer „	90 ₰
Lachsschinken „	1.80	„ Blutwurst „	1.00	**Pflanzenbuttermargarine** bester Ersatz f. Naturbutter Pfd. 80 u. 90 ₰		Ia. Tilsiter Vollfett 90	80 ₰
Kalbsroulade „	1.60	Ger. Mettwurst „	1.30	**Schmalz** gar. rein Flomenschmalz Pfd. 95 ₰		Tilsiter Vollfett Pfd.	60 ₰
Mosaikroulade „	1.60	Gothaer „	1.20	Blasenschmalz „ 85 ₰		Tilsiter Käse „	40 ₰
Kastensülze „	1.60	Hildesheimer „	1.20	ff. Schlachterschmalz Pfd. 80 ₰		Holländer Käse „	1.00
Leberkäse „	1.50	Braunschw. Blutw. „	70 ₰			**Weichkäse** in allen Preislagen.	
Mortadella „	1.20	Thür. Blutwurst „	90 ₰			**Speck**	
Zungenwurst „	1.20	Gek. Mettwurst „	1.00			Landspeck fett und magrer Pfd.	95 ₰
Sülze „	80 ₰	Rügenwalder „	1.60			Ia. Schinkenspeck „	1.10
		Wiener Würste Paar	10 ₰				

Frische Trinkeier Stück 9 Pfg. **Frische Eier 8** Stück 60 Pfg.

Auf alle Waren, auch **auf Naturbutter,** gewähre **4 Prozent Rabatt** in Bons.

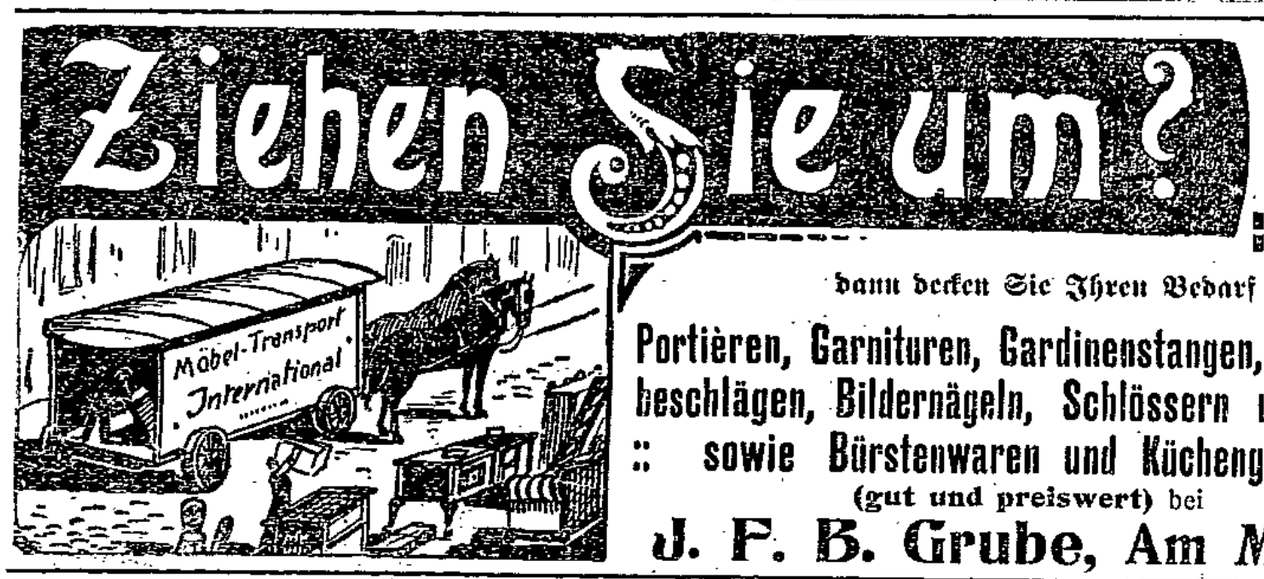
Auf Margarine 10 % Rabatt in Bons. 25 Mark dieser Bons werden in bar oder Ware eingelöst. **10 Mark Margarinebons werden mit 1 Mark eingelöst.**

Lieferung erfolgt auf Wunsch frei Haus.

Billige Bezugsquelle für Hotels, Restaurants u. s. w.

Max Ueberrhein,

Fernruf 1910. Breitestrasse 11. Fernruf 1910.
Moislinger Allee 2. Hüxstrasse 118.



dann decken Sie Ihren Bedarf in

Portièren, Garnituren, Gardinenstangen, Rouleauxbeschlägen, Bildernägeln, Schlössern usw. usw., :: sowie Bürstenwaren und Küchengeräten ::
(gut und preiswert) bei

J. F. B. Grube, Am Markt.

Damenhüte
werden prompt und billigst
:: **modernisiert.** ::
Anna Füber, Wickedestr. 11a

Wiegels Konservierungs-Honig-Essig
beliebter und bewährter Einmacheessig, in den meisten einschlägigen Geschäften erhältlich. Fabrik: **Fischergrube 61.**

Ca. 13 000 Rollen Tapeten
verkaufe, um mein Lager zu räumen, zu folgenden
Schleuderpreisen:

Serie I:	Serie II:	Serie III:	Serie IV:	Serie V:
ca. 1000 Roll.	ca. 3300 Roll.	ca. 4500 Roll.	ca. 2200 Roll.	ca. 2000 Roll.
à 10	à 15	à 25	à 35	à 45

H. Oelgart Nachf., Tapeten und Farben,
Große Burgstraße 44.

Gewerkschaftshaus Lübeck
Johannisstraße 50—52.
Spezialität: Frühstücks- u. Abendplatte. Zivile Preise.
ff. bürgerl. Mittagstisch 65 Pf. von 12—2 Uhr.

Geschäfts-Uebernahme.
Einem geehrten Publikum zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich das
Restaurant „Travestrand“, Moisling
käuflich erworben habe.
Es wird mein Bestreben sein, für nur gute Speisen u. Getränke Sorge zu tragen.
Um gütigen Zuspruch bittet
A. Henkel.

Gesangverein „Eintracht“

BALL

und Gesangvorträge von der Gesangabteilung
am Sonntag, dem 25. September
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden.
Der Vorstand.

Verband der Steinsetzer u. verw. Berufsgenossen.
Zahlstelle Lübeck.

Einladung zum Ball
am Sonntag, dem 2. Oktober 1910
im Gewerkschaftshaus, Johannisst. 50-52.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.
Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
Das Komitee.

Konzerthaus „Friedrichshof“.
Heute Sonntag:
Grosses Tanzkränzchen
verbunden mit
Reservisten-Abschieds-Ball.
Anfang 5 Uhr. Eintritt frei. Ende morgens.
J. H. Hagelstein.

Am Sonntag, d. 25. Sept.
Tanzkränzchen
in nachstehenden Lokalitäten:

Hansa-Halle.
Großes Tanzkränzchen.
Anf. 5 Uhr. Eintr. frei. Ende 1 Uhr.
Abonnement 50 Pfg. **C. Kühn.**

Wakenitz-Bellevue.
Heute, Sonntag:
Tanzkränzchen.
H. Fürböter.

Friedr.-Franz-Halle
Großes Tanzkränzchen.
Anf. 4 Uhr. Eintr. frei.
Ende 11 U. **L. Stamer.**

Louisenlust.
Gr. Tanzmusik.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.
Johs. Benn.

FLORA.
Großes Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt frei. **Max Siems.**

Gesellschaftshaus Marli.
Marlistr. 18.
Freies Tanzkränzchen.
Heinrich Kaben.

Central-Hallen
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
H. Pagel.

Vergnügungs-Park KAROLINENHOF
früher Tiergarten.
Am Sonntag, dem 25. Sept.:
Gr. Sommerfest
des Athleten-Klubs „Atlas“, bestehend aus **Konzert, athletischen Aufführungen,** sowie auch **Ringkämpfen** und **Sommernachtsball.**
Eintritt zum Konzert 10 Pfg. a Person. Ballkarte 50 Pfg., eine Dame frei. Beginn des Konzerts 4 Uhr, des Balles 6 Uhr.

Hansa-Theater
Beginn des Konzerts 8 Uhr.
Anf. der Vorstellung 8¼ Uhr.
Der Triumph der Londoner Saison.
Vier Tage aus dem Leben
Sherlock Holmes.
Neueste **Sherlock-Holmes**-Fortsetz. nach **Canon-Doyle.**
1. Bild: **Dynamitattentat.** 2. Bild: **Das Vermächtnis des Hausierers.** 3. Bild: **Die Todesuhr.** 4. Bild: **Zur Strecke gebracht.**
Diese äußerst spannende Sensations-Komödie, welche die neuesten Erlebnisse des Weltdetektivs behandelt und reich an spannenden Momenten und dramatischen Effekten ist, erlebte in England, Amerika und vielen deutschen Großstädten mehr als 8000 Aufführungen.
Vorverkauf bei **Sager.**

Stadthallentheater.
Sonntag, 25. Septbr. 7½ Uhr.
Der Raub d. Sabinerinnen.
Schwank von Schönthan.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei **Nagel,** Markt 14, und **Roß,** Kohlmarkt 13. **Dutzendkarten ebendaselbst.**

Neues Stadttheater.
Sonntag, 25. September. 7½ Uhr.
Voll-Abonn. 9. Große Preise.
Zum 1. Male! Neu!
Die Förster-Christl.
Operette von Georg Jarno.
Montag, 26. Septbr. 7½ Uhr.
Das Glas Wasser.
Lustspiel von Scribe.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 224. Sonnabend, den 24. September 1910. 17. Jahrg.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Magdeburg.

Magdeburg, den 23. Sept. 1910.

5. Verhandlungstag (Vormittags-Sitzung.)

Den Vorsitz führt Klüss.

In der fortgesetzten Debatte über den parlamentarischen Bericht spricht

Schöne-Zschopau. Er teilt mit, daß das bekannte Plakat mit der Schnapsflasche im Wahlkreise Zschopau-Marienberg in den Schulen, Gemeindeämtern usw. aufgehängt worden ist und empfiehlt dieses Beispiel den Genossen zur Nachahmung.

Frau Zietz-Berlin begründet die Anträge gegen die Fleischteuerung. Die allgemeine Teuerung sei unerträglich geworden, betrüge die Arbeiter um die Früchte jahrelangen gewerkschaftlichen Kampfes und degeneriere das Volk. Es klagen an die verbrecherische Zollpolitik des Reiches die Arbeiter, die in ihrer Arbeitskraft geschädigt werden, es klagen an die Mütter, deren Kinder hungern und frühzeitig ins Grab sinken oder verwildern, weil die Mütter in die Fabrik gehen müssen zu fronden. Es klagen an die Frauen und Mädchen, die auf den Weg der Schande gedrängt worden sind. Es klagt an das ganze ausgebeutete Volk, das es müde ist, sich immer weiter auspowern zu lassen von Krautjunkern und Ochsengrafen, den politischen Hausknechten der Bourgeoisie, die das Volk zu Bürgern 2. und 3. Klasse stempeln. Besonders das System der Einfuhrscheine füllt den Junkern die Taschen, verteuert das Getreide, leert die Reichskasse und macht schon wieder neue Steuern notwendig. Doppelten Grund haben wir Sozialdemokraten zum Protest gegen eine Wucherpolitik, die die politische und gewerkschaftliche Kampffähigkeit des Proletariats schwächt. Nicht länger sollen die Junker und Pfaffen auf Grund unseres Hungers regieren. Wir müssen gegen diese volksfeindliche Politik eine mächtige Agitation draußen im Lande entfesseln, denn die Hauptinteressenten, die breiten Volksmassen müssen in diesen Kampf hineingezogen, die Indifferenten aufgerüttelt werden, insbesondere auch die proletarischen Frauen. Wir müssen den roten Zorn erwecken, nicht nur zum Kampf gegen den Tarifwucher, sondern um den Zeitpunkt vorzubereiten, wo wir mit dem ganzen System der Ausbeutung tabula rasa machen können. (Lebhafter Beifall.)

Frau Baumann-Altona beantragt, daß zur Frauenagitation gegen die Fleischteuerung vom Parteivorstande ein besonderes, möglichst illustriertes Flugblatt hergestellt und gratis abgegeben werden soll. Auf der internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen haben die deutschen und österreichischen Genossinnen im Herbst eine allgemeine gleichzeitige Agitation gegen den Fleischwucher vorzunehmen beschlossen. Wir versprechen uns davon die beste Wirkung. Die Frauenagitation hat in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht, und wir denken, mit Hilfe unseres Kampfes gegen die Fleischnot noch viel mehr Frauen aus dem Proletariat für die Sozialdemokratie gewinnen zu können. Denn der Beitritt zur Sozialdemokratie ist doch der wirkungsvollste Protest gegen die Wucherpolitik. (Lebh. Beifall.)

Kunert-Halle: Dem vorzüglichen Referat Noskes über den Militarismus und seine Kosten fügen wir jetzt den Gedanken hinzu, daß diese Kosten bestritten werden durch den Lebensmittelwucher. Die Kosten des Militarismus sind noch höher als wir wissen. Denn ich habe es erfahren und werde es im Reichstag beweisen, daß der Militarismus auch aus geheimen Quellen gespeist wird. Namentlich in einem Bundesstaate, nicht Baden, ist das System der schwarzen Fonds äußerst ausgebildet. Vorsicht also für die Parlamentarier, auch in den Bundesstaaten. Noch ein Wort zur Budgetabstimmung. Genosse Heilmann hat die Schlußabstimmung über den Etat im Reichstage in einer karikaturistischen Weise geschildert, die Bebel bereits gebührend gekennzeichnet hat. Aber doch müssen wir ihm dankbar sein, daß er darauf hingewiesen hat. Bei der Abstimmung in 3. Lesung handelts sich natürlich, wie schon Ledebour gesagt hat, nicht um eine Demonstration, sondern um eine politische Tat. Wenn Bebel aber hinzugefügt hat, es sei ein großer, feierlicher Moment, so ist das gewiß sein Gefühl. Aber ich sitze schon 20 Jahre im Reichstag und habe nie das Bewußtsein des großen Moments gehabt. (Heiterkeit und Hört, hört!) Die Abstimmung geht in einem furchtbaren Trubel und Durcheinander vor sich. (Hört, hört!) Kein Mensch weiß, was geschieht, man kann es nur raten. Das bezieht sich natürlich nicht auf den Inhalt, sondern nur die Form. Diese aber kann verbessert werden, um dem politischen Akt seine erhöhte Bedeutung zu verleihen. Die Fraktion kann eine schriftliche oder mündliche Prinzipienerklärung abgeben, die ausspricht, wie wir zum Reichsbudget stehen, und die auch die aktuellen Vorgänge streifen kann. Im übrigen bin ich natürlich nicht der Meinung, daß die Form ausschlaggebend ist, auch nicht das Budget, selbst nicht der Parlamentarismus, sondern, wenn wir das Proletariat befreien wollen, werden wir drastischere Mittel anwenden müssen. (Lebh. Beifall.)

Frau Zietz erklärt sich mit dem Antrag Baumann einverstanden, falls nur die finanzschwachen Kreise die Flugblätter gratis erhalten sollen. Der Antrag wird in diesem Sinne abgeändert.

Heilmann-Chemnitz: Kunert hat alles bestätigt, was ich gesagt habe. Ich stimme völlig mit ihm überein und weiß nur nicht, ob die Prinzipienerklärung nicht schon in der allgemeinen Etatdebatte 1. Lesung, wo allgemeine Aufmerksamkeit herrscht, abgegeben wird. Gerade deshalb messe ich der Schlußabstimmung nur untergeordnete Bedeutung bei.

Damit schließt die Debatte. Noske verzichtet auf das Schlußwort.

In der Abstimmung werden die Anträge 38 und 39 (Verbot des Alkoholgenusses der Kinder und Vornahme aller Wahlen am Sonntag) der Fraktion überwiesen. Die Anträge Lübeck und Solingen (Besprechung der Streik- und Wahlrechtsjustiz, sowie der russischen Grenzübergriffe im Reichstage) werden angenommen, ebenso die Anträge gegen die Fleischnot.

Es folgt auf Antrag Liebknecht folgender Antrag Spandau-Osthavelland:

„Der Parteitag wolle gegen die infame Vergewaltigung Finnlands durch den Zarismus protestieren; dem um seine Freiheit und sein Recht kämpfenden finnischen Volke seine brüderliche Sympathie aussprechen und ihm für diesen Kampf die opferbereite Unterstützung durch das klassenbewußte deutsche Proletariat zusichern. Der Parteitag möge aufs schärfste dagegen protestieren, daß der russische Zar, der Mitschuldige an allen Greueln und Infamien der Gegenrevolution, der Auftraggeber und Schirmherr der Azew, Harting und sonstigen Lockspitzelschurken, der Mitverantwortliche der neuen niederträchtigen Judenverfolgungen, das Haupt jener verbrecherischen Verschwörung gegen die finnische Freiheit und Selbständigkeit als gefeierter Gast den deutschen Boden hat betreten dürfen und daß deutsche Beamte und Soldaten zum Schutze des gekrönten Verbrechers kommandiert, die Steuergroschen der deutschen Steuerzahler für ihn verschleudert werden konnten und damit die Ehre des deutschen Volkes, das in seiner übergroßen Mehrheit diesen „Gast" verabscheut, tief herabgewürdigt worden ist."

Zur Begründung führt Liebknecht zunächst aus, daß in noch schärferer Form die Verletzung preußischer und hessischer Gesetze durch die Regierungen dem Zaren zuliebe gebrandmarkt werden muß, weil dadurch die gesetzlose russische Willkürherrschaft auch auf Deutschland ausgedehnt werde. Der Parteitag hat sich, sagt er weiterhin, schon regelmäßig in den letzten sechs Jahren mit russischen Fragen beschäftigen müssen, mit dem schandbaren Kontrollsystem der Auswanderer, mit den Ausweisungsskandalen, mit deutschen Eingriffen in die russische Revolution und mit dieser selbst. Jetzt ist der Zar als „Gast" für Monate nach Deutschland gekommen, deutsche Proletarier im Waffenrock müssen ihn bewachen und Ehrenjungfrauen ihn, unter dessen Herrschaft die Spiridonowa vergewaltigt wurde, empfangen, allerdings mit dem Rücken, da sein schlechtes Gewissen ihm verbietet, sich ansehen zu lassen. Im eigenen Lande unstet und flüchtig, kann sich der Zar hier frei bewegen; das ist eine für das deutsche Volk beschämende Tatsache. Umsomehr als der Zar selbst Schwarzhunderter, also persönlich voll verantwortlich ist für alle Greuel der Gegenrevolution. Er hat ihr Abzeichen auf der Brust getragen, hat ihnen Geld aus seiner Privatschatulle gegeben. Die Schwarzhunderter nehmen ja auch Kaiser Wilhelm für sich in Anspruch. Dem Fürsten Bülow haben sie 1906-07 ein Glückwünschtelegramm geschickt, ebenso an den Reichsverband und Oldenburg-Januschau ist dem Purischkewitsch ein „lieber Freund und Bruder." So ist russische Reaktion deutsche Reaktion, und wir haben ihr die Pflicht internationaler Solidarität entgegenzustellen. Besonders schwer wird in diesem Augenblick das uns so außerordentlich sympathische finnische Volk betroffen. Nach wiederholten Attentaten auf die finnische Selbständigkeit, die durch Militärstreik und die russische Revolution abgewehrt wurden, erschien am 7. Oktober 1909 das berühmte Militärgesetz. Da der finnische Landtag es abgelehnt hat, dieses ungesetzliche Gesetz zu begutachten, ist jetzt der Konflikt akut geworden. Im finnischen Etat hat die russische Regierung alle Posten für Kulturzwecke gestrichen, um die militärische Besetzung Finnlands bezahlen zu können. Wir haben gegen dieses frivole Attentat auf die finnische Freiheit um so leidenschaftlicher zu kämpfen, als das finnische Volk bisher eines der freiesten und fortgeschrittensten Europas war. Eine Oase in der Wüste der russischen Reaktion gilt es zu verteidigen. Die russischen „Patrioten" wüten gegen die deutschen Proteste, aber wir werden immer lauter an die öffentliche Meinung Deutschlands appellieren. Zugleich müssen wir die preußische und hessische Polizei an den Pranger stellen, weil sie dem Zaren zuliebe die Rechte des deutschen Volkes aufhebt. Wir müssen die Empörung des Volkes wecken, daß der Zar nicht länger in Deutschland bleiben kann. Nicht länger soll dieser gekrönte Verbrecher den deutschen Boden besudeln. (Stürmischer Beifall.)

Wiek-Finnland: Im Namen der finnischen Bruderpartei sagen wir Ihnen herzlichsten Dank für den Sympathiebeweis, für den wir Ihnen um so mehr verpflichtet sind, als wir uns unserer Kleinheit und Schwäche voll bewußt sind. Wir freuen uns von Herzen, daß Sie, die an der Spitze der internationalen Arbeiterbewegung marschieren, das kleine Volk nicht vergessen haben, das im äußersten Norden für den Sozialismus kämpft. Wir stehen vor den allerschwersten Kämpfen mit dem Zarismus. Wir haben aber auch schon große Aktionen hinter uns, die wir siegreich bestanden haben. Und damals war der Sozialismus noch viel schwächer als heute, wo er in Finnland zählt 70000 Mitglieder, 140000 Abonnenten der 20 Parteizeitungen, 30000 Gewerkschaftler, d. h. ein Viertel der überhaupt in Betracht kommenden Arbeiter, 10 Fachblätter mit 20000 Abonnenten usw. Diese Zahlen sind klein für größere Länder, aber sie zeigen doch, mit welchem Ernste und welchem Erfolge wir gekämpft haben. Wir haben bei den letzten Wahlen über 40 Proz. der Stimmen gehabt, und die gemeinsame Furcht vor uns hat alle bürgerlichen Parteien zusammengetrieben, weil alle das gleiche Schuldregister hatten. Unsere bürgerlichen Parteien suchten durch Nachgiebigkeit gegen Rußland sich sogar die Hilfe des Zarentums zu sichern. Das Ansehen des Parlaments haben sie tief herabgewürdigt und dadurch bewiesen, daß jede Volksvertretung nur soviel Macht hat als das Proletariat ihr durch außerparlamentarische Mittel verleihen kann. Die Versuche einer Verständigung mit dem Zaren müssen aber scheitern, denn der Zarismus will erobern, die russische Bourgeoisie ausbeuten und die Militärlieferanten verdienen. Die schwersten Schläge werden sich also demnächst gegen uns richten, sie werden unserer Bewegung neue Formen aufzwingen, aber sie werden uns nicht vernichten. Mit den bürgerlichen Parteien Finnlands werden wir nur zusammengehen, wenn sie sich standhafter zeigen

---

Unter dem Äquator.

Javanisches Sittenbild von Friedrich Gerstäcker.

101. Fortsetzung.

Van Roeken hatte sich in der ganzen Zeit nur wenig im Geschäft gezeigt und selbst dann fast gar nicht mit seinen Leuten verkehrt, mit Nitschke sogar noch kein einziges Wort wieder gesprochen. Schämte er sich vielleicht, daß seine häuslichen Verhältnisse bekannt geworden? — Aber er hätte darüber ruhig sein können, denn weder Lockhaart, Horbach noch Nitschke hatten ein Wort von jenem Abend gegen irgendeinen Dritten erwähnt. Nur van Roeken selber schrieb es in der ersten Aufregung seinem Kompagnon nach Bandong und bat ihn, so rasch er könne wieder zurückzukommen und die Leitung des Geschäfts in der nächsten Zeit zu überwachen. Wagner schien das aber für keinen genügenden Grund gehalten zu haben, seine einmal genommenen Ferien so rasch wieder zu unterbrechen und blieb noch, trotz dem Rückruf, eine volle Woche in den Bergen. Ja, Lockhaart wie van Straaten reisten ebenfalls wieder hinauf, um wenigstens in Buitenzorg mit ihm und den Damen zusammen zu treffen.

Van Roeken verzehrte sich indessen — ganz gegen seinen sonstigen Charakter — fast vor Ungeduld und war schon selber im Begriff, nach Buitenzorg hinaufzufahren, um Wagner dort zu sprechen, als er einen Brief erhielt, daß dieser am nächsten Morgen um 10 Uhr wieder in seiner Wohnung eintreffen würde. — Um neun Uhr schon war van Roeken dort, ihn zu erwarten und ließ ihm, angekommen, kaum Zeit, ein Bad zu nehmen und seinen Anzug zu wechseln, so drängte es ihn, das, was ihm auf dem Herzen drückte, los zu werden.

„Leopold," sagte Wagner, als die beiden Freunde endlich nebeneinander auf der kühlen Veranda des Hauses saßen, „Du siehst bleich und angegriffen aus. Du hast Dir den Unfall zu sehr zu Herzen genommen, aber — Du wirst Dich erinnern, was ich Dir immer gesagt habe."

„Ich bin wenigstens jetzt bereit, Deinem Rat zu folgen," erwiderte van Roeken leise — „ich wollte, ich hätte es früher getan."

„Besser spät, wie nie. Aber was beabsichtigst Du?"

„Ich will mich von meiner Frau scheiden lassen."

„Du hättest sie nie heiraten sollen."

„Gut! Aber es ist einmal geschehen und alles, was ich jetzt tun kann, ist: mich wieder auf immer von ihr zu trennen. Sie selber, die nichts so sehr fürchtet, als einen derartigen öffentlichen Prozeß, noch dazu da Hessken als Dieb vor Gericht steht, ist auch schon mit allem einverstanden und wird nicht die geringste Schwierigkeit machen".

„Und die bösen Zungen in Batavia?"

„Ich habe der schlimmsten von ihnen so lange getrotzt", sagte van Roeken, „daß ich sie jetzt alle miteinander nicht fürchte. Was mir früher aber außerordentlich unbequem schien, kommt mir jetzt trefflich zustatten und ich bin froh, daß — Fräulein Bernold Java noch nicht wieder verlassen hat".

„In der Tat? und weshalb? wenn man fragen darf", agte Wagner, indem er etwas Medoc in ein Glas füllte und Wasser hinzugoß.

„Weil ich sie jetzt heiraten will", rief van Roeken entschlossen. „Es ist ein bildhübsches, gebildetes, braves, gutes Mädchen — ich bin ihr überhaupt diese Genugtuung schuldig und — schaffe mir dann ein angenehmes Familienleben, in dem ich mich auch um die übrige Gesellschaft Batavias gar nicht mehr zu kümmern brauche."

Wagner hatte sein Glas langsam an die Lippen gehoben und trank es jetzt, ohne dem Freunde noch zu antworten ebenso bedächtig aus.

„Im," sagte er endlich, während er einen Blick auf die Straße nach einem heranrollenden Wagen warf — „Du bist zu dem Entschluß ein wenig spät gekommen."

„Doch noch nicht zu spät — und was meinst Du dazu?"

„O, er wäre vortrefflich, aber ich sehe nicht ein, daß er ausführbar ist!"

„Und warum nicht? — ich lasse mich noch in dieser Woche von meiner Frau scheiden."

„Sehr schön das," sagte Wagner ruhig, „aber ich mich nicht von der meinen und ich begreife wirklich nicht, wie Du das alles vereinigen willst."

„Du Dich nicht von der Deinen?" rief van Roeken, erstaunt den Freund anstarrend. „Seit wann bist Du verheiratet?"

„Seit vorgestern abend mit Hedwig Bernold," lachte Wagner, indem er hinaus in den Garten deutete, „und dort werde ich gleich das Vergnügen haben können, Dir meine Frau vorzustellen."

„Hedwig — Bernold — Deine Frau?" stammelte van Roeken, seinen Kompagnon anstarrend, als ob er ihm eben das Unglaublichste mitgeteilt. „Du — hast mich jedenfalls zum besten."

„Dort kommt meine Frau", wiederholte ruhig der Freund, „und sie mag es Dir selber bestätigen."

Van Roeken hielt noch immer seinen Blick fest und ungläubig auf Wagner geheftet, dessen ausgestreckter Arm deutete aber auf den heranrollenden Wagen. Van Roeken erkannte in der Tat Hedwig mit Frau van Straaten, und als ihm die Wahrheit des Gehörten jetzt dämmern mochte, sagte er leise:

„Also wirklich? — Aber dann will ich ihr nicht hier begegnen," setzte er, seinen Hut ergreifend, rasch hinzu — „wenigstens nicht in diesem Augenblick. Sei so gut und schicke mein Bendi vorn auf die Straße, ich werde es dort erwarten."

„Aber Du kannst doch nicht vermeiden, ihre Bekanntschaft zu machen?"

„Nein — doch soll das wenigstens nicht jetzt geschehen. — Du wirst einsehen, daß ich ihr in diesem Augenblick nicht gegenübertreten kann — eine weitere Erklärung des Geschehenen wirst Du mir dann später geben, wie auch meine Glückwünsche entgegennehmen." — Und ehe ihn Wagner daran verhindern konnte, verließ er dessen Wohnung gerade in demselben Augenblick durch die Hintertür und den Garten, als Mevrouw van Straaten und Hedwig mit der alten Kathrine in einer, Lockhaart mit seinem Schwager in einer andern Carreta vor dem Portico hielten. Wagner behielt kaum Zeit, einem seiner Leute den Auftrag zu geben, van Roekens Wunsch zu erfüllen und das Bendi seines Kompagnons hinaus auf den Weg zu beordern, um dort seinen Herrn aufzunehmen. Der alte Herr Lockhaart war indessen aus seinem Wagen gesprungen und half Hedwig heraus und ihren Arm dann in den seinen ziehend, führte er sie zuerst in ihre neue Heimat ein. Wagner eilte ihnen entgegen, um seine junge, wie Purpur glühende Frau zu begrüßen, der alte Herr aber, die Hand nach ihm ausstreckend, sagte mit herzlicher, tiefbewegter Stimme:

„Wagner, ich bringe Ihnen hier einen Schatz, den Sie nicht teuer genug wahren und hegen können. Möge mit dieser Stunde ein guter Geist Ihre Schwelle überschreiten und Ihnen Frieden, Glück und Segen bringen. Mich selber aber, Ihr jungen Leute, betrachtet von dieser Zeit an als einen treuen Freund, der Euch in späteren Jahren vielleicht auch noch durch mehr als Worte beweisen wird, welchen innigen Anteil er an Eurem Schicksal nimmt. — Ich mag wenigstens von jetzt an kein Fremder in diesem Hause sein."

(Fortsetzung folgt.)

als bisher. Aber unsere Hoffnung ruht nur auf der Arbeiterklasse, der die Zukunft gehört. Unsere natürlichen Kampfgenossen sind die russischen Proletarier, die alle Niederträchtigkeiten des Despotismus und der schüchternen, engherzigen, verräterischen Bourgeoisie kennen. Mit ihnen gemeinsam, gestützt durch die Solidarität der Arbeiterinternationale, werden wir unsere Pflicht mit voller Kraft erfüllen. (Lebh. Beifall.)

Ullrich-Frankfurt a. M.: Wir, die wir es mitansehen müssen, wie deutsche Steuergroschen und deutsche Soldaten zum Schutze des Zaren in seiner Festung mißbraucht werden, sind voll des Gefühls der Schande und Empörung. Fort mit dieser traurigen Gestalt aus den deutschen Auen. Hinaus mit dem gekrönten Mordinstrument! (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag Liebknecht wird einstimmig angenommen.

Es folgt die

Wahlrechtsfrage.

Außer der bereits mitgeteilten Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission liegt folgender Antrag Rosa Luxemburg mit etwa 60 Unterschriften vor:

„Der Parteitag erklärt in völliger Übereinstimmung mit dem jüngsten preußischen Parteitag, dessen Auffassung durch die Lehren der Wahlrechtskämpfe dieses Frühjahrs vollauf bestätigt worden ist, daß der Wahlrechtskampf in Preußen nur durch eine große entschlossene Massenaktion des arbeitenden Volkes zum Siege geführt werden kann, wobei alle Mittel, darunter auch der politische Massenstreik, nötigenfalls zur Anwendung gebracht werden müssen. Angesichts dessen erklärt der Parteitag für notwendig, im Hinblick auf die künftige Wiederaufnahme der Wahlrechtskampagne die Erörterung und Propagierung des Massenstreiks in der Parteipresse und in Versammlungen in die Wege zu leiten und so in den breitesten Schichten des Proletariats das Gefühl der eigenen Macht sowie das politische Bewußtsein zu schärfen, damit die Massen den großen Aufgaben gewachsen sind, wenn die Situation es erfordert."

Weiter lag ein Antrag Löbe und Gen. (Breslau) vor, der mehr Meinungsfreiheit für die „Neue Zeit" zur Propagierung des Generalstreiks fordert. Er wird mit der Begründung zurückgezogen, daß die Antragsteller sich überzeugt haben, daß die Meinungsfreiheit in der „Neuen Zeit" stets gewahrt worden sei. (Na, na! bei den Süddeutschen.)

Zur elsaß-lothringischen Verfassungsfrage legt Straßburg-Land folgenden Antrag vor:

Der Parteitag wolle beschließen: Der verfassungsrechtliche Zustand Elsaß-Lothringens als Reichsland ist in der barbarischen Auffassung begründet, daß die ohne Rücksicht auf ihren eigenen Willen der französischen Regierung im Jahre 1871 abgenommenen Provinzen die Kriegsbeute der deutschen Bundesstaaten waren und geblieben sind. Wenn jetzt die Reform des Wahlrechts und der Verfassung sich einer Wendung nähert, so lehnt der Parteitag, getreu der bisherigen Haltung der Sozialdemokratie jeden Vorschlag ab, der irgendwie an dem gegenwärtigen Wesen des Wahlrechts und der Verfassung festhalten oder gar bezwecken wollte, Elsaß-Lothringen einer vollständigen Verpreußung zuzuführen oder im Lande eine unberechtigte Vorherrschaft der bisher im Landesausschuß maßgebenden Reaktion zu begründen.

Der Parteitag spricht sich demzufolge mit aller Wucht gegen die Einrichtung oder die Vorbereitung einer Dynastie aus, die er beispielsweise in der Schaffung einer lebenslänglichen Statthalterschaft erblicken würde. Mit derselben Energie wendet er sich gegen die Absicht, durch ein Zweikammersystem die Volksvertretung der Kontrolle eines Oberhauses zu unterwerfen und die Volksvertretung selbst durch ein Pluralwahlsystem oder ähnliche reaktionäre Maßnahme zu fälschen.

Der Parteitag folgt den demokratischen Grundsätzen der Sozialdemokratie, wenn er die volle Gleichberechtigung Elsaß-Lothringens mit den deutschen Bundesstaaten und innerhalb der Landesverfassung die volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger fordert."

Endlich liegt ein Antrag Vogtherr und Genossen vor, der die Reichstagsfraktion beauftragt, jährlich ein Wahlrechtsantrag einzubringen.

Als Referent erhält Borgmann-Berlin das Wort: Die Wahlrechtsfrage hat in den letzten Jahren fast alle Völker Europas beschäftigt und vielfach die politische Situation vollkommen geändert, z. B. in Österreich das Staatsgebilde wesentlich gekräftigt. Auch in Rußland wird der Wahlrechtskampf mit der brutalen Willkür der Knutenherrschaft nicht sein Ende erreicht haben. Die türkische Verfassung wird im Orient revolutionieren. In Deutschland sind die süddeutschen Staaten vorangegangen. Aber auch dort stehen noch schwere Kämpfe bevor, z. B. um die Abschaffung der Ersten Kammern, die allerdings gegenüber einem Dreiklassenwahlrecht ganz besonders unsinnig und nichts als ein Hemmschuh der Entwicklung sind. Das preußische Herrenhaus z. B. hat seine Städte- und Volksfeindschaft erst jüngst demonstrativ bewiesen, indem es die unverschämte Dreistigkeit besaß, über eine Wahlrechtsdeputation zur Tagesordnung überzugehen und den Städten das Recht zu solcher Petition abzusprechen. Wenn schon Treitschke im Jahre 1867 das Herrenhaus als staatsgefährlich und völlig veraltet gebrandmarkt hat, so muß man sich tatsächlich wundern, daß es noch heute besteht. Dabei sitzen in ihm vielfach Leute, die steuerfrei sind, oder ihre Steuern doch nicht in Deutschland zahlen, eine ganz internationale Gesellschaft. In Hessen haben die Nationalliberalen des Freiherrn v. Heyl sogar versucht, die Rechte der Ersten Kammern noch zu erweitern. In Sachsen ist durch die Wahlrechtskämpfe ein Pluralwahlrecht errungen worden. Wo es vorwärts gegangen ist mit dem Wahlkampf, ist das in erster Linie den starken Arbeiterorganisationen zu danken gewesen, die den herrschenden Klassen ihre Privilegien abgezwungen haben. (Sehr wahr!) Man begründet die Verschiedenheiten der Wahlrechte mit der Verschiedenheit der deutschen Volksstämme. Aber das ist natürlich nur eine verlogene Ausrede, da ja Preußen eine sehr große Zahl von Stämmen umfaßt. In Preußen hat das Proletariat verhältnismäßig spät den Landesangelegenheiten Interesse zuzuwenden begonnen. Aber da der preußische Staat der größte Arbeitgeber ist, die preußische Verwaltung großen Einfluß auf die Lage des Proletariats hat, und Preußen einen bestimmenden Einfluß auf das Reich ausübt, so werden die preußischen Proletarier, nachdem sie einmal den Wahlrechtskampf eingeleitet haben, nicht ruhen und rasten, bis sie das gleiche Wahlrecht errungen haben. Schon bei den Wahlrechtskämpfen im Süden haben die Junker ja gedroht, mit den preußischen Bajonetten Ordnung zu schaffen. (Hört, hört!) In der Tat werden diese unverschämten Herren auch vor dem Bürgerkrieg nicht zurückschrecken. (Zuruf b. d. Bayern: Laß sie nur kumma! Heiterkeit.) Auch jetzt ist bei den Wahlrechtsdemonstrationen schon verschiedentlich Bürgerblut geflossen. Diese Blutschuld wird ewig auf den Machthabern haften bleiben. (Lebh. Beifall.) Wir haben die Wahlrechtsdemonstrationen lange genug vorbereitet, haben lange genug gewarnt und gemahnt, wir haben alles getan, um das Blutvergießen zu vermeiden. Eine besonders schwere Aufgabe steht den Genossen in Elsaß-Lothringen bevor. Sie haben nicht nur das gleiche Wahlrecht, sondern auch die verfassungsrechtliche Gleichberechtigung zu erkämpfen. Nicht besser als die Monarchien, z. B. Braunschweig, die Monarchie ohne Monarch, sind die republikanischen Pfeffersäcke in den Handelsstaaten. Auch die sächsischen Genossen werden mit dem Wahlrechtskampfe noch nicht zu Ende sein. Ihre starke Organisation und ihre gute Aufklärung werden sie treiben, weiter zu kämpfen, bis sie das gleiche Wahlrecht errungen haben. (Beifall.) Der schöne Erfolg unserer sächsischen Genossen mit dem Pluralwahlrecht hat übrigens einen schweren Schatten auf den preußischen Wahlrechtskampf geworfen. Denn umsomehr erscheint jetzt jedes neue Wahlrecht den Herrschenden als ein Sprung ins Dunkle. In Preußen herrscht die kleine Junkerklique und die Minister sind nichts als ihre Handlanger. Seitdem wir im Jahre 1900 die Wahlbeteiligung beschlossen haben, ist es kräftig vorwärts gegangen. Schon die erste größere Wahlbeteiligung hat die Unhaltbarkeit des preußischen Wahlrechts gezeigt. Im Jahre 1903 erhielten wir 320 000 Stimmen, aber kein einziges Mandat. Das mußte aufreizend wirken, und so wurden schon unsere ersten Demonstrationsversammlungen imposant. An Straßendemonstrationen haben wir damals noch nicht gedacht. Aber unseren Gegnern war schon der Schrecken davor so in die Glieder gefahren, daß sie Polizei und Militär mobilisierten. Unsere späteren Straßendemonstrationen haben dann einen tiefen Eindruck gemacht. Zu Zusammenstößen mit der Polizei haben die Demonstranten ihrerseits nicht den geringsten Anlaß gegeben. Aber königliche Kriminalbeamte waren als Provokateure tätig (Bewegung) und es ist für die Engherzigkeit des kläglichen Polizeigeistes charakteristisch, daß der Minister v. Moltke erklärt hat, ohne solche elenden Subjekte nicht auskommen zu können. Die Straßendemonstrationen verlaufen immer ruhig, wenn nur die Polizei ihre Finger aus dem Spiel läßt. (Sehr wahr!) Im Jahre 1908 brachten wir unter der öffentlichen Wahl die imposante Ziffer von 600 000 Stimmen auf. Die Folge dieser Wahlerfolge und der unausgesetzt schärfer gewordenen Demonstration war das Versprechen einer zeitgemäßen Wahlreform in der Thronrede als „einer der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart". Diese Ankündigung versetzte die Junker in lebhafteste Unruhe und hatte ihre scharfe Absage an den Fürsten Bülow zur Folge. Ihr Sprecher erklärte, daß sie an den Grundlagen des Dreiklassenwahlrechts nicht rütteln lassen würden, denn das Wahlrecht müßte verteilt werden nach dem Maße der Beiträge zu den Staatslasten. Das sagte derselbe Freiherr v. Richthofen-Merkschütz, der jetzt beschuldigt ist, 300 000 Mk. Steuern hinterzogen zu haben. (Heiterkeit.) Die Junker pfiffen also auf das Königswort, aber die Tonart der Debatten war doch ganz anders als das schläfrige Geplätscher der Zeit, da noch keine Sozialdemokraten im Landtage saßen. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien mußten nun die Frage ernst nehmen. Es kam dann die Wahlrechtsvorlage des unglücklichen Schulmeisters, den eine verkehrte Laune zum Ministerpräsidenten gemacht hat. So erbärmlich hatte sie niemand erwartet, sie war eine unerhörte Provokation. Wir haben sie mit Pfui! empfangen, und mit Bravo! zu Grabe getragen. (Lebh. Beifall.) Im Landtage wurde die Vorlage vollständig umgekrempelt, statt der direkten öffentlichen die indirekte halbgeheime Wahl gesetzt. Besonders das Zentrum, das sich hundertmal feierlich für das gleiche Wahlrecht erklärt hatte, arbeitete mit einer heuchlerischen verlogenen jesuitischen Taktik. Die Wahlen der Sicherheitsmänner und Knappschaftsältesten haben ihnen die erste Quittung gegeben. Bei der Beratung erklärten im Herrenhause Herr v. Wedell, daß eine starke Wahlbeteiligung garnicht wünschenswert sei, Herr v. Köller, daß es genüge, wenn der Kutscher mit dem gnädigen Herrn zur Wahl fahre, und Herr v. Burgsdorff, daß man auf die Kontrolle der kleinen Beamten durch die öffentliche Wahl nicht verzichten könne. Lehrer und Kriegsveteranen von 1870-71 schloß man von den privilegierten Kulturträgern aus. Die Männer, die 1870 für Deutschland geblutet haben, hat man allerdings längst durch schofle Behandlung ins Lager der Opposition getrieben. Der Reichskanzler benutzt die Wahlrechtsvorlage zu schweren Angriffen auf das Reichstagswahlrecht. Seine schwankende Haltung war geradezu beschämend, österreichische und ungarische Staatsmänner haben ein ganz anderes Maß von Einsicht bewiesen. Wie steht es nun mit unseren praktischen Erfolgen? Niemand hat erwartet, daß wir die preußischen Verhältnisse im ersten Ansturm wie ein Kartenhaus umwerfen. Dazu ist die Macht der Junker und der von ihnen beherrschten Krone zu groß. Aber wir können trotzdem zufrieden sein. Die Wahlrechtsbewegung hat tiefe Wurzeln geschlagen, und sollte es die Reaktion auf neue Kraftproben ankommen lassen, dann werden auf unseren Ruf alle Wahlrechtskämpfer erscheinen, noch zahlreicher und nachdrücklicher als zuvor. (Stürm. Beifall.) Man hat uns in der Presse getadelt, weil wir uns nicht mit den bürgerlichen Parteien in Verbindung gesetzt und ein Mindestmaß von Forderungen verabredet hätten, das wir gegebenenfalls akzeptieren würden. Aber schon bei dem Versuche dazu wären wir der Lächerlichkeit verfallen, und hätten die Wucht des prinzipiellen Kampfes für unsere Forderungen abgeschwächt. Eine solche Vorlage berät man nicht lange, sondern wirft sie ihrem Urheber zerrissen vor die Füße. (Lebh. Beifall.) Je fester organisiert wir sind, umso kräftiger wird unser Ansturm werden. Mit solchen Kämpfern, wie wir sie haben, muß man schließlich die Junkerfeste über den Haufen rennen. In dieser eminent deutschen Frage, die die preußische Wahlrechtsfrage ist, wird uns der Mut des deutschen Proletariats zum Siege führen. Den Antrag Luxemburg lehnen wir wenigstens im zweiten Teile entschieden ab. Was über den Massenstreik und seine praktische Anwendbarkeit gesagt werden mußte, ist auf dem Jenaer Parteitag gesagt worden. Lassen wir einmütig unseren Kampfruf erschallen: Nieder mit dem elenden Dreiklassenwahlrecht, her mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht. (Stürm. Beifall.)

Zu einer Erklärung erhält das Wort

Müller-München: Meine bayerischen Parteifreunde haben mich beauftragt, den preußischen Genossen ein paar schlichte Worte tatbereiter Sympathie auszusprechen, für den tapferen Kampf gegen den inneren preußischen Feind, gegen den Feudalstaat Preußen. Die Hilfsbereitschaft für diesen Kampf, den Sie bestehen und dem Sie noch weiter entgegengehen, reicht in Bayern über die Kreise des werktätigen Volkes hinaus, bis in die Zirkel des wirklich liberalen Bürgertums. Die sonst gewiß politisch fragwürdige liberale Presse Bayerns hat die Disziplin und Entschlossenheit der preußischen Wahlrechtskämpfe bewundert, mit der Sie die Provokation des Wahlgesetzentwurfes des Leibwehphilosophen Bethmann-Hollweg beantwortet haben. Die verfassungswidrigen Zustände Preußens sind tatsächlich der Angelpunkt der Reaktion im Reiche. Wir hoffen, daß es Ihnen auch in Preußen noch gelingen wird, einen Teil des Bürgertums mitzureißen, daß er noch nachträglich seine Pflicht im Kampfe für eine demokratische Verfassug tut. Auch wir haben das Wahlrecht nur in 14jährigem schweren Kampfe errungen. Dabei haben wir ein Verfassungsleben seit 1818, haben Erinnerungen an die französische Revolution und ein reicheres politisches Leben. Wieviel schwerer muß es in Preußen, mit seinen absolutistischen Einflüssen, seinem angeborenen Kadavergehorsam großer Volksteile sein, vorwärts zu kommen. Wieviel bewundernswerter sind die Erfolge, die Sie trotzdem in der Massenbewegung bereits erreicht haben. (Beifall.) Lassen Sie Ihre festgeschlossenen Arbeiterbataillone auch in Zukunft nicht beeinflussen durch das natürliche Beharrungsvermögen der Zustände. Preußen ist eine ständige Gefahr für das bißchen Demokratie in Deutschland, eine Gefahr für alles bereits Errungene. Der preußische Gesandte in Bayern hat versucht, im Auftrage seiner Regierung in die bayerische Wahlrechtsfrage einzugreifen, damit nicht das böse bayerische Beispiel die guten Preußen verderbe. (Hört, hört!) Wir haben ihm dafür jetzt eine Demonstration bereitet, die er allerdings verschlafen hat. (Heitkt.) Vom Zentrum dürfen Sie keine Hilfe erwarten, nachdem Herr Spahn jun. erklärt hat, daß es die feudalen preußischen Zustände als dauerndes Gegengewicht gegen den demokratischen Süden aufrecht erhalten will. (Hört, hört!) Uns steht es nicht an, die Taktik zu beurteilen, die Sie einschlagen sollen. (Sehr wahr! bei den Süddeutschen.) Aber eins darf ich Ihnen in dieser Wahlrechtsbewegung, die für Deutschland, ja für die gesamte Internationale wichtig ist, als geschlossene Meinung der bayerischen Parteifreunde übermitteln: Rufen Sie uns, wir kommen mit Rat und Tat, Schulter an Schulter gegen den gemeinsamen Feind, den Feind jeder vernünftigen sozialen und demokratischen Entwicklung zu kämpfen. (Stürm. Beifall.)

Hildenbrand-Stuttgart: Im Namen der sozialdemokratischen Landesorganisation Württembergs sage ich Ihnen heute, wie schon auf den Preußentagen, Dank für Ihren energischen und erfolgreichen Wahlrechtskampf. Wir wollen alles tun, um Ihnen jederzeit brüderlich zur Seite zu stehen, denn der Kampf wird für die ganze Arbeiterklasse geführt. Die Art des Kampfes zu bestimmen, ist Sache der Preußen. Im Ziele des Kampfes aber sind wir alle einig, und diese Einigkeit verbürgt den Sieg, den Sieg der Gerechtigkeit. (Lebh. Beifall.)

Frank: Die badischen Parteigenossen haben mich beauftragt, Ihnen dasselbe zu sagen, wie unsere Freunde aus Bayern und Schwaben. Bei den schweren Kämpfen der nächsten Jahre wollen und werden die badischen Kameraden nicht fehlen, sondern an Eurer Seite stehen und mit Euch kämpfen. Wir betrachten die preußischen Wahlrechtskämpfer als die wirklichen Kulturträger in Deutschland. Wir sind überzeugt — und wir wollen mit dabei sein — daß Ihrem tapferen Anfang ein glückliches Ende beschieden sein wird. (Stürm. wiederh. Beif.)

Ulrich (Offenbach): Auch wir Hessen, die wir noch um ein gutes Wahlrecht kämpfen, sind mit Bewunderung dem Kampfe der preußischen Genossen gefolgt. Wir merken den Einfluß Preußens nicht nur in der hessischen Verwaltung, sondern auch an der Verknöcherung unseres Liberalismus. Wir schließen uns daher den Erklärungen der süddeutschen Genossen an. Das Proletariat Hessens ist bereit, Schulter an Schulter mit den preußischen Genossen für die Demokratie zu kämpfen. Preußen in Deutschlands Demokratie voran, mit Ihnen gemeinsam vorwärts zum Sieg! (Stürm. Beif.)

Hug (Bant): So klein unser Bundesstaat ist, so groß ist Preußens Einfluß auf ihn. Unser Land hat eine demokratische ruhmvolle Geschichte und unser Volk ist durchaus demokratisch. Aber unter Preußens Übermacht ist kein vernünftiger Fortschritt möglich. Ihr Kampf ist unser Kampf. (Stürm. Beifall.)

Starosson-Rostock: Wir in Mecklenburg sind am unmittelbarsten interessiert an dem preußischen Wahlrechtskampf, denn wir leben in noch viel elenderen Verhältnissen. In Form eines Privatprozesses hat man uns 1849 unser Wahlrecht gestohlen. Heute sind wir auf den Zustand zurückgeworfen, der 1755 stipuliert wurde. Nur der ist Landtagsabgeordneter in Mecklenburg, der sich ein Rittergut kauft, und die paar Bürgermeister sind willenlose Sklaven der Junker. Wir kommen nicht als Helfende, sondern als Bittende, den Wahlkampf noch viel energischer als bisher zu führen. Nur wenn Preußen siegt, können wir fortschreiten. Wir hoffen darauf, daß Sie Mecklenburg durch Preußen erlösen. (Stürm. Beifall.)

Die Fortsetzung der Verhandlung wird auf nachmittags 3 Uhr vertagt.

* * *

5. Verhandlungstag. (Nachmittags-Sitzung.)

In der fortgesetzten

Wahlrechtsdebatte

nimmt zur Begründung des Antrages 100 das Wort

Genossin Luxemburg. Sie teilt zunächst mit, daß das Wort „Propagierung" des Massenstreiks als mißverständlich in dem Antrage gestrichen worden ist. Die Resolution des Parteivorstandes enthält mehr die allgemeine Begründung unserer Wahlrechtsforderungen, unser Antrag ergänzt dies, indem er die aktuellen politischen Konsequenzen zieht. Wir sind seit dem vorigen preußischen Parteitag ein großes Stück vorwärts gekommen. Wir haben den eklatanten Mißerfolg der Bethmannschen Wahlrechtsposse erlebt und zugleich gewaltige Massendemonstrationen, die wir noch nie gesehen haben. Schon auf dem Preußentag haben wir unsere Bereitschaft ausgedrückt, alle Mittel anzuwenden, und in der Begründung ist deutlich auf den Massenstreik hingewiesen worden. Jetzt hat diese Parole eine neue, ganz aktuelle Bedeutung gewonnen. Die Vorgänge haben das Urteil des Preußentages in glänzender Weise bestätigt, aber auch darüber hinaus geführt. Schon im Januar 1906 haben wir einen gelungenen Versuch zum Massenstreik in Hamburg gehabt, im letzten Jahre desgleichen in Kiel, Frankfurt und Hanau. In zahllosen anderen Orten, in Breslau, Halle, Bremen, in Nassau, im Rheinland, in fast der ganzen Provinzpresse hat man den Massenstreik lebhaft diskutiert. Das mußte kommen: die Massen, die erst einmal in Bewegung waren, fragen ganz naturgemäß: was soll nun weiter werden? Mit bloßen Demonstrationen kann vielleicht die Reaktion nicht geworfen werden; sie wird vielleicht nicht freiwillig auf ihr stärkstes Bollwerk verzichten. Auf diese Frage schulden wir den Massen die klare Antwort: Nein, ihr seid nicht machtlos, ihr habt noch wirksame Mittel, den politischen Massenstreik. (Beifall.) Dazu kommt noch eins: Unsere Taktik im Wahlrechtskampf hängt nicht allein von uns ab. Denken Sie daran, wie unsere ersten Demonstrationen aufgenommen wurden. Die Säbelaktionen, die Polizeiprovokationen können sich wiederholen. Unwidersprochen ist die Meldung, daß am Tage unserer großen Demonstrationen im Tiergarten die Kaserne des 1. Feldartillerieregiments in ein Kriegslager umgewandelt war. Wir haben bisher die Herrschenden zwingen können, den Säbel in die Scheide zurückzustellen. Aber bei der Unberechenbarkeit, Kopflosigkeit und Schurkenhaftigkeit des herrschenden Regiments müssen wir auf alle Eventualitäten gefaßt sein. Wir müssen den Massen die ruhige klare Sicherheit geben: ihr seid nicht wehrlos gegen die schamlosen Provokationen des säbelfuchtelnden Reaktionsregiments. Ihr habt eine Waffe, wiederum den Massenstreik. Nun kann die Wahlrechtsbewegung sehr bald wieder aufleben, die Massen wieder aufrufen. Nun haben die leitenden Kreise in Partei und Gewerkschaften starke Abneigung gegen die öffentliche Erörterung der Frage des Massenstreiks; sie fürchten, daß infolge der Debatte der Massenstreik über Nacht ausbrechen könnte, ob er genehm ist oder nicht. Man betrachtet die Massenstreikdebatte als eine

Art Spielen mit Feuer, aber diese Auffassung ist total verfehlt. Man kann den Massenstreik nicht künstlich hervorrufen, indem man recht oft davon spricht; nur wenn die politischen Tatsachen reif sind, nur wenn die politische Situation es fordert. Daß unendliches Reden nichts nützt, beweist gerade die Geschichte des Massenstreiks. Domela Niuwenhuis und die französischen Syndikalisten haben den Generalstreik fortwährend im Munde; sie propagieren ihn als Allheilmittel gegen alle Schäden, um damit binnen 24 Stunden die soziale Revolution herbeizuführen. Kein ernster Mensch kümmert sich um die Propaganda, wenn nicht die Verhältnisse reif sind. Erst jetzt, wo die Kartelle, die Aussperrungstaktik, die Verschärfung der Klassengegensätze um sich greifen, sehen wir überall hier und da Massenstreiks ausbrechen, nicht weil wir ihn propagieren, sondern weil die historischen Bedingungen gegeben sind. Einzig und allein die eigene Kraft des Proletariats kann uns vorwärts bringen. Die Verschärfung der Klassengegensätze, der Verfall der bürgerlichen Demokratie, der Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien, kurz, die gesamte politische Entwicklung des letzten Jahrzehnts muß den Massenstreik als Resultat haben. Wir wollen den Massenstreik nicht hervorzaubern als einen Gewaltakt ohne Grund und Garantie des Gelingens, sondern erblicken in ihm ein hervorragendes Mittel zur Klassenaufklärung, zur politischen Vertiefung der Auffassung, zur Erziehung. Wir alle wissen, daß eine Reihe schwerer opfervoller Kämpfe bevorsteht. Wenn wir daher die Arbeiter zu allen Opfern bereit machen, so verrichten wir nicht nur ein Werk politischer Aufklärung, sondern ein Stück moralisch-sittlicher Hebung der Massen, indem wir an ihren höchsten Idealismus appellieren. Wir wollen natürlich keinen Termin festlegen, schon weil wir ihn selbst nicht wissen. Er hängt von dem Verhalten der Reaktion, der Taktik unserer Gegner, der allgemeinen Stimmung, der wirtschaftlichen Lage ab. Aber da er vielleicht schon bei den nächsten Demonstrationen proklamiert werden muß, wollen wir ihn nicht führen lassen von einer kopflosen Masse, die bloß aus Erbitterung zu dieser Waffe greift, sondern von einer klar blickenden, scharf urteilenden Arbeiterschaft. Der Massenstreik läßt sich nicht auf Kommando anstellen, nicht auf Kommando abstellen. (Sehr gut!) Die Massen müssen selbst entscheiden, über ihren Kopf hinüber kann es nicht gehen. Unsere Pflicht ist es, die Arbeiter davor zu bewahren, daß sie sich in chaotischer Bewegung in den Massenstreik stürzen und ihr Einsicht geben in die große Tragweite des Entschlusses und die großen Opfer, die damit verbunden sind. Bereit sein ist alles. (Lebh. Beifall.)

Vorsitzender Klüß teilt mit, daß der Antrag des Vorstandes, Nr. 91, insofern geändert worden ist, daß es im ersten Satze heißen muß an Stelle der Worte „wurzelt in" — „hängt auf das innigste zusammen mit".

Limbertz-Essen erhält auf Wunsch außer der Reihe das Wort zu einer besonderen Mitteilung: Ich möchte Ihnen einen Auszug aus dem Zirkular eines kommandierenden Generals mitteilen, das alle Anweisungen an die Truppen gibt, wie sie sich im Falle von Unruhen, Belagerungszuständen, Straßenkämpfen usw. verhalten sollen. (Lebh. Hört, hört!) Das Zirkular, das ich aus verständlichen Gründen nicht hier im Original mitgebracht habe, ist von Freiherrn von Bissing unterzeichnet, dem kommandierenden General des 7. Armeekorps in Münster. Der Herr ist bekanntlich vor zwei Jahren bei Wilhelm II. in Ungnade gefallen. Das Schriftstück stammt nicht aus dem gegenwärtigen Wahlrechtskampfe, aber das ist ja unwesentlich. Es heißt da: „Die ersten Maßregeln, die gleichzeitig mit der Bekanntmachung des Belagerungszustandes getroffen werden müssen, sind die Unterdrückung aller aufrührerische Tendenzen verfolgenden Blätter und die Verhaftung der Redakteure (Bewegung und lebh. Hört, hört!), sowie überhaupt aller als Führer und Agitatoren bekannter Personen (Erneute Bewegung und stürmische Hört, hört!-Rufe.) ohne Rücksicht auf die Immunität der Reichstagsabgeordneten. (Lebh. Bewegung u. stürm. Entrüstungsrufe. Pfannkuch ruft: Habt Ihr daran gezweifelt?!) Die Festnahme dieser Personen wird vielleicht noch von der Polizei durchgeführt werden können, wahrscheinlich wird sie zum mindesten durch Militär gedeckt werden müssen. Jedenfalls müssen die Festgenommenen der Militärbehörde übergeben und von dieser sobald als möglich in Sicherheit gebracht werden. (Heiterk.) Alle Versammlungen werden verboten und gerade beim Beginn aufrührerischer Bewegungen müssen alle Versuche zur Widersetzlichkeit im Keime erstickt werden. Nichts ist gefährlicher wie zögernde Maßnahmen. Abwarten bringt auch den Geist der besten Truppen ins Wanken, während Angriff und Kampf ihre Gesinnung befestigt. (Hört, hört!)

Es folgen weitere Vorschriften zur Sicherung der Truppentransporte. Es heißt da: „Für den Fall des Eisenbahnerausstandes sind die Vorkehrungen bereits getroffen." (Bewegung.)

Für die Verwendung der Truppen im Straßenkampf gelten folgende Bestimmungen: „Infanterie soll zusammen mit Kavallerie vorgehen. Ein frontaler Sturm auf Barrikaden ohne nachdrückliche Vorbereitung durch Artillerie soll vermieden werden, weil er sehr oft fehlschlägt. Die Infanterie soll schrittweise vordringen und zwar durch die Häuser nach Einschlagen der Wände, durch Höfe, Gärten, über Dächer. Beim Marsch in den Straßen ist es zweckmäßig, in Reihenkolonnen auf beiden Seiten der Straße zu marschieren. Gewandte Schützen sind vorzunehmen, um nötigenfalls Feuer aus den Fenstern heraus wirksam erwidern zu können. Maschinengewehre und Artillerie sind stets zugweise, etwa jedem Bataillon ein Zug zuzustellen."

Ferner folgen Vorschriften über die Ausrüstung der Pioniere mit Sprengstoffen usw.

Soweit das Zirkular. Ich will tatsächliche Ausführungen dazu nicht machen. Aber gerade diese Vorbereitungen beweisen, wie notwendig die Schulung der Massen ist, weil man versuchen will, ihr die Führer wegzuschnappen. (Lebh. Zustimmung.)

Weill-Metz begründet den Antrag zugunsten der elsaß-lothringischen Verfassung. Die Frage habe eine aktuelle Bedeutung anläßlich der letzten Erklärung des Reichskanzlers, im Herbst eine elsässische Verfassung vorzulegen. Dabei sind schon eine ganze Reihe volksfeindlicher Vorschläge aufgetaucht. Man will Elsaß-Lothringen verpreußen oder Straßburg zu einem Asyl für obdachlose Prinzen machen. (Heiterk.) Wir werden uns aus unserem demokratischen Gefühl heraus jedem Versuch zu preußischer Zentralisierung widersetzen. Das Zentrum spielt augenblicklich eine demokratische Rolle im Elsaß, aber der Klerikalismus sucht auch jetzt nur die echten Gefühle des Volkes zu mißbrauchen, um sich die Herrschaft zu verschaffen. Wir sind die echten Vertreter des ganzen elsässischen Volkes. Das elsaß-lothringische Volk hängt an Frankreich, es liebt seine französischen Erinnerungen, es liebt Frankreichs Demokratie und haßt das deutsche Junkerregiment. Es hungert nach Demokratie und dieser Hunger findet im Deutschen Reich keine Befriedigung. Wir Sozialdemokraten sind viel bessere Nationalisten als das gegenwärtige Junkerregiment, das die Elsaß-Lothringer von Deutschland abstößt. Wir Elsaß-Lothringer nehmen deshalb auch den lebhaftesten Anteil am Kampfe um die Demokratisierung Preußens, aber wir verstehen auch, wieviel wir in Deutschland dem demokratischen Partikularismus verdanken. (Sehr gut!) Wir bitten Sie, durch eine einhellige Kundgebung uns darin zu unterstützen, aus Elsaß-Lothringen ein freies Land zu machen. (Lebh. Beifall.)

Eugen Ernst-Berlin: Wir danken den süddeutschen Genossen herzlich für die freundliche Unterstützung, die sie uns im Wahlrechtskampfe zugesagt und sind überzeugt, daß sie auch in Zukunft Hand in Hand mit uns gehen werden. (Beifall). Ihr Sympathiebeweis hat uns erfreut und wird uns dazu stärken, den Widerstand der Reaktion zu brechen. Wir kennen die Bedeutung dieses Kampfes nicht nur für Preußen, sondern auch für Deutschland. Darum wollen wir preußischen Genossen auch an dieser Stelle versprechen, nicht eher zu ruhen und zu rasten, als bis das gleiche Wahlrecht errungen ist. Der Kampf hört nicht auf, es gibt keine Ruhe, ehe nicht auch Preußen in die Reihe der Kulturstaaten mit demokratischer Verfassung gedrängt ist. (Stürmischer Beifall.) Zur Massenstreikresolution lassen Sie mich sagen, daß kein Zweifel bei der preußischen Landeskommission darüber besteht, den Massenstreik anzuwenden, wenn die Situation es erfordert. Wir haben ausdrücklich den Massenstreik als Kampfmittel anerkannt. Wir haben in der Landeskommission auch unermüdlich geprüft, ob wir nicht schon diesmal einen Schritt weiter gehen sollten. Aber der Massenstreik hat eine viel zu große Bedeutung, als daß man ihn so ohne weiteres in das Proletariat hineinwirft. Wir müßten dieses Problem doch erst mit den Gewerkschaften erörtern, ehe wir einem solchen Beschluß, wie der Antrag Luxemburg, unsere Zustimmung geben. Das wäre doch eine Unfreundlichkeit gegen die Gewerkschaften. (Sehr wahr!) Gerade weil wir die Eventualität des Massenstreiks ohnedies ständig im Auge behalten, bitten wir Sie, den Antrag Luxemburg abzulehnen. (Beifall). Wir haben niemals ein Verbot der Erörterung des Massenstreiks erlassen, weder für die Redner noch für die Presse, wir wollten nur keine besondere Debatte darüber mitten im Kampfe anregen. Wir hängen ja auch viel zu sehr in unserer Taktik von dem Verhalten der Gegner ab. Aber verlassen Sie sich darauf, daß weder das Drohen der gepanzerten Faust noch Schmeichelei uns um Haaresbreite von unserem Wege ablenken wird. (Lebh. Beifall.) Das entscheidende Wort Propaganda ist aus dem Antrag Luxemburg herausgestrichen worden und man könnte ihn nun vielleicht annehmen. Ich möchte Sie nur bitten, in dem Antrag statt von „einer großen Massenaktion des arbeitenden Volkes" von „großen Massenaktionen" zu sprechen. Den zweiten Teil der Resolution Luxemburg lehnen wir ab. (Beifall.)

Vorsitzender Klüß: Folgende Erklärung ist eingelaufen:

Die unterzeichneten Parteitagsdelegierten legen die entschiedenste Verwahrung ein gegen die Einbringung des Antrags der Genossin Luxemburg (Bewegung und Unruhe), der die Erörterung und Propagierung des Massenstreiks in der Parteipresse und Versammlung fordert. Der Massenstreik, gleichviel aus welchen Gründen und zu welchen Zwecken er geführt werden soll, bedarf zu seiner wirksamen Durchführung der Beteiligung aller Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung, insbesondere der Beteiligung und Unterstützung der gewerkschaftlichen Verbände. Von diesen Erwägungen ausgehend, sind bisher alle Vorberatungen über die Anwendbarkeit des Massenstreiks als Kampfesmittel zur Erringung eines freien preußischen Wahlrechts geführt worden zwischen der obersten Vertretung der Partei, und dem Parteivorstande und der obersten Vertretung der gewerkschaftlichen Organisationen, der Generalkommission der Gewerkschaften.

Auch Angelegenheiten von minder wichtiger Bedeutung, welche die Interessen beider Zweige der Arbeiterbewegung berührten, wie die Unterstützung der Maifeier-Gemaßregelten, sind durch gemeinschaftliche Beratungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission geregelt worden. Es ist deshalb unerläßlich, daß auch die Frage der Erörterung und Propagierung des Massenstreiks zuvor zwischen Parteivorstand und Generalkommission beraten wird, ehe sie an den Parteitag zur Entscheidung gelangt.

Die Unterzeichneten halten darum die Einbringung des Antrags Nr. 100 für verfehlt, weil er nur die Wirkung haben kann, das erfreuliche Einvernehmen zwischen den beiden Vertretungen der deutschen Arbeiterbewegung zu stören." (Bewegung und einzelne Oho-Rufe.)

Die Unterschriften lauten:

Severing-Bielefeld, Paul Müller-Berlin, Lesche-Altona, Sachse-Bochum, A. Brey-Hannover, Tönneböhn-Recklinghausen, Ritzert-Iserlohn, Wittig-Frankfurt a. M., Schumann-Berlin, Tielemann-Osnabrück, Georg Ulrich-Frankfurt a. M., Adolf Ritter-Berlin, Karl Giebel-Berlin, Fritzsch-Berlin, Eugen Brückner-Berlin, Mey-Hannover, Hetzschold-Berlin, Heldt-Chemnitz, Silberschmidt-Berlin, Koch-Magdeburg, Tönnies-Hamburg, Hoch-Sorau-Forst, Alexander Schlicke-Stuttgart, Rößler-Altenburg, Evers-Hildesheim, Schmidt-Herford, Ernsting-Minden, Schmidt (Neunter Hannoverscher Wahlkreis), Göldnern-Meißen, Hoffmann-Bielefeld, Dreckshage-Bielefeld, Spindler-Döbeln, Knierlem-München und Bohm.

Nach längerer Debatte, über die wir Montag ausführlich berichten, wird die Resolution des Parteivorstandes in Verbindung mit dem ersten Satze der Resolution Luxemburg in folgender Weise angenommen: Der in Deutschland herrschende scheinkonstitutionelle Militarismus hängt aufs innigste zusammen mit den reaktionären Verfassungsverhältnissen Preußens. Während in einer Anzahl süddeutscher Staaten das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu den Landtagen eingeführt ist, bestehen in Preußen, Sachsen und den norddeutschen Kleinstaaten Wahlgesetze, die mit ihrer auf dem Geldsack beruhenden Klasseneinteilung oder der Gewährung von Mehrstimmen und sonstigen Privilegien an die Besitzenden ein Hohn auf die staatsbürgerliche Gleichberechtigung sind. Besonders das Dreiklassenwahlsystem in Preußen mit öffentlicher Stimmabgabe bedeutet die Diktatur der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten im größten deutschen Bundesstaate und im Reiche. Ihre skrupellose, lediglich der eigenen Bereicherung dienende Politik hindert jeden ernsten kulturellen und demokratischen Fortschritt und bildet eine ständige Gefahr für das Reichstagswahlrecht. Der Parteitag protestiert gegen diese Verfassungszustände, die in schroffem Gegensatz zur wirtschaftlichen Entwicklung stehen und die schaffenden und politisch reifen Volksmassen aufs tiefste empören; er spricht seine Genugtuung aus über die mit großer Energie geführten Wahlrechtskämpfe in den einzelnen Bundesstaaten. — Der Parteitag fordert für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger beider Geschlechter allgemeines gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht auf Grund des Verhältniswahlsystems für die Wahlen zu allen öffentlichen Körperschaften und Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Der Parteitag erwartet, daß in Preußen und den anderen Bundesstaaten die Genossen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Wahlrechtskampf bis zur Erringung der vollen politischen Gleichberechtigung weiterführen. Der Parteitag erklärt in völliger Übereinstimmung mit dem jüngsten preußischen Parteitag, dessen Auffassung durch die Lehren der Wahlrechtskämpfe des Frühjahrs vollauf bestätigt wurde, daß der Preußenkampf nur durch große, entschlossene Massenaktionen des arbeitenden Volkes zum Siege geführt werden kann, wobei alle Mittel, darunter auch der politische Massenstreik, nötigenfalls zur Anwendung gebracht werden müssen.

Der Antrag 86 wird einstimmig angenommen. Der Antrag 101 wird abgelehnt.

Den Rest der Sitzung, die bis 8 Uhr dauert, füllt das Referat Fleißner über die Genossenschaftsfrage.

Aus der Partei.

Reichstagskandidatur. Eine Parteiversammlung für den 12. sächsischen Wahlkreis (Leipzig-Stadt), die am Dienstag tagte, stellte den Genossen Max Cohen, Stadtverordneter zu Frankfurt a. M., als Reichstagskandidaten auf.

Konfiskation der „Glühlichter". Ein Opfer der Reiselust Kaiser Wilhelm II. wurde die dieswöchentliche Nummer der „Glühlichter" in Wien. Das Witzblatt, das in der letzten Zeit mehrmals dem Rotstift verfiel, wollte auch in seiner neuesten Nummer, die als Willi-Nummer gedacht war, den illustren Gast begrüßen. Leider war die Rechnung ohne den Staatsanwalt gemacht. Und so wird sich die erste Seite der „Glühlichter" als großes schwarzes Feld repräsentieren, auf dem mit weißen leuchtenden Buchstaben, ein halbes Dutzendmal, das berühmteste österreichische Wort „konfisziert" zu lesen ist.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegung in der Dresdener Schuhindustrie. Die Lohnbewegung der Schuhfabrikarbeiter hat eine Verschärfung dadurch erfahren, daß der Verband der Schuhfabrikanten die Forderungen der Arbeiter abgelehnt hat, mit der Begründung, daß sie durch Lieferungsverträge auf längere Zeit gebunden seien, gelegentlich seien sie nicht abgeneigt, „Lohnvorschläge" entgegenzunehmen, eventuelle Lohnerhöhungen könnten erst am 1. April 1911 in Kraft treten. Die Löhne, die sie zahlten, seien aber höher als irgendwo in Deutschland. Dieses provozierende Verhalten der Fabrikanten hat dazu geführt, daß in zwei Fabriken die Arbeiter die Kündigung einreichten. Eine Aussperrung ist nicht unwahrscheinlich. Zuzug von Schuhfabrikarbeitern aller Art ist streng fernzuhalten.

Wie auf preußischen Eisenbahnen die Löhne aufgebessert werden, das haben die Lohnarbeiter in Oeynhausen (Westfalen) erfahren. In der Badestadt Oeynhausen sind die Beamten in der 1. Servisklasse, die Bahnarbeiter erhalten aber nur einen Anfangstagelohn von 2,50 Mark, steigend in 9 Jahren auf 2,80 Mk. Höchstlohn. Dieser für die örtlichen Verhältnisse traurige Lohn wurde dazu erst im vorigen Jahre festgesetzt; bis dahin betrug der Anfangslohn 2,20 Mk. Die Arbeiter wandten sich damals an die Betriebsinspektion um Lohnerhöhung. Von dieser wurde das Bedürfnis zu einer Lohnerhöhung nicht anerkannt. Nunmehr wandten sich die Arbeiter an die Eisenbahndirektion. Diese gab den Bescheid, die Eingabe sollte geprüft werden. Anfangs Januar kam ein Sekretär der Direktion Hannover, der Informationen einzog. Am 1. Mai trat dann die Lohnerhöhung in Kraft. Der Anfangslohn stieg von 2,20 Mark auf 2,30 Mk. und der Höchstlohn von 28 Silbergroschen wird nicht mehr wie bisher in 12 Jahren, sondern in 9 Jahren erreicht. Die Rottenarbeiter erhielten den gleichen Lohn. Früher wurde aber zwei Sonntage hintereinander Dienst gemacht und diese Sonntage voll bezahlt. Dadurch haben die älteren Arbeiter anstatt Lohnaufbesserung, einen Lohnausfall zu verzeichnen. So sieht die Lohnerhöhung für die Arbeiter auf den preußischen Eisenbahnen aus.

Soziales.

Ein modernes Märchen von einem Menschenfresser, der sich in blinder Raffgier den Magen überlud, ist der Bericht über die Geschäftslage der Tapetenindustrie. Vom Vorstand der Anhalter Tapetenfabrik wird im Bericht die Lage der Tapetenindustrie wie folgt beurteilt: Die Hoffnung auf eine Besserung der Geschäftslage hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht erfüllt, und die aus der Kartellierung von 36 Tapetenfabriken erwarteten Vorteile sind nicht eingetroffen. Allerdings hat die Kartellierung der Branche eine größere Sicherheit und eine Besserung der früheren zügellosen Zustände gebracht. Jedoch sind die finanziellen Vorteile, welche die Fabrikanten für die durch Übernahme der Kosten zur Durchführung der Kartellbestimmungen und des Händlerschutzes gebrachten und durch Schmälerung des Absatzes infolge Sperrung einer Anzahl Firmen entstandenen Opfer erwartet haben, ausgeblieben. Dieses Ausbleiben des klingenden Erfolges ist hauptsächlich den im Kartellvertrag vereinbarten unzureichenden Mindestpreisen zuzuschreiben, welche damals so niedrig angesetzt wurden, um dadurch die Outsiderfabriken wirkungsvoll bekämpfen zu können. Es ist anzunehmen, daß die Vorgänge und Erfahrungen der letzten Jahre die Beteiligten zu einer Revision des Kartellvertrages und Richtigstellung der Preise veranlassen werden, damit in Zukunft für das in einer so hoch entwickelten Industrie angelegte Kapital bei entsprechenden Leistungen auch eine angemessene Verzinsung herausgewirtschaftet werden kann. Auch das Auslandsgeschäft war nicht befriedigend, denn die Bestellungen sind durch weitere Erhöhung der ohnedies schon bedeutenden Zollsätze zurückgegangen. Das Exportgeschäft wird immer schwieriger, und die Ausfuhr von Tapeten nach einzelnen Ländern wird fast unmöglich, da der Eingangszoll bis zu 30 Prozent des Wertes und noch mehr beträgt. Da die in den einzelnen Ländern erzeugten Konkurrenzfabrikate durch das Studium und Kopieren vorbildlicher deutscher Erzeugnisse und deren Herstellung immer willkommener werden, so wäre eine Herabsetzung der Zollsätze, aber nicht eine Erhöhung angebracht. Aus diesen Ausführungen geht hervor, daß das „Kartell deutscher Tapetenindustrieller" mit 36 Fabriken, gebildet aus den 12 Fabriken der Tapeten-Industrie-Aktien-Gesellschaft und dem Verein deutscher Tapetenfabrikanten mit 24 Fabriken während seines anderthalbjährigen Bestehens sehr wenig zur Gesundung der Industrie und insbesondere nichts für seine Mitglieder erreichte. Es sind zirka 20 Outsider vorhanden, und diesen ist das Kartell nicht gewachsen. Das erklärt sich, wie der „Vossischen Zeitung" geschrieben wird, zum Teil wie folgt: Der Hauptverein deutscher Tapetenhändler mit seinen Nebenorganisationen arbeitet mit dem Kartell Hand in Hand. Dieser Verein schreibt seinen Mitgliedern den Mindestaufschlag, also den Gewinn, vor, und das Kartell hat die Pflicht, diese Händlerpreise zu schützen, indem es über Händler, die billiger verkaufen, Geldstrafen bezw. die Lieferungssperre zu verhängen hat. Im Sommer d. J. sind zirka 60 Firmen, darunter die Tapetengroßhandlung Hermann Meißner, Berlin, gesperrt worden. Solchen Unannehmlichkeiten wollen sich natürlich viele Händler nicht aussetzen, und deshalb ist nur ein kleiner Teil organisiert. Die Mehrzahl zieht den freien Wettbewerb vor. Die freien Händler kaufen also sowohl von Kartell- wie von freien Fabriken, ziehen jedoch die Ware der letzteren vor, um bei eventuellen Konflikten mit dem

Kartell durch Weiterlieferung gesichert zu sein. Daher kommt es auch, daß die Outsiderfabriken flott beschäftigt sind. Die Vereinshändler, die mit Outsiderwaren scharf bekämpft werden, bestürmen natürlich ständig das Kartell um Gegenmaßregeln. Darauf ist es auch wohl zurückzuführen, daß eine am 9. Juli in Eisenach abgehaltene Konferenz beschloß, den organisierten Händlern zwecks Gegenwehr gleichfalls die von Outsiderhändlern ausgegebenen kleinen Kampfheftchen zu gestatten und dazu besonders billige Ware herzustellen, damit die Händler diese gegebenenfalls zum Einkauf — also ohne Aufschlag — weiter abgeben können, wenn es gilt, Outsiderwaren zu unterbieten. Dieser zweischneidige Beschluß, der zur Folge haben dürfte, daß sich das Publikum noch mehr als bisher an billige Tapeten gewöhnt, hat selbst in den organisierten Kreisen Bestürzung hervorgerufen. Berücksichtigt man nun, daß neben obengenannter Aktiengesellschaft auch die Aktiengesellschaft für Tapetenfabrikation zu Nordhausen ohne Gewinn arbeitete und daß das letztgenannte, langjährige Unternehmen jetzt in Liquidation getreten ist, weil die Verwaltung keine Aussichten auf Besserung der Lage mehr machen konnte, so ergibt sich, daß die Tapetenindustrie nicht auf Rosen gebettet sein muß.

Scharfmacherei in einer Stadtverwaltung. In Halle an der Saale war vor einiger Zeit ein städtischer Arbeiter, der bereits mehrere Jahre in Diensten der Stadt stand und allerseits gute Zeugnisse erhielt, Knall und Fall entlassen worden. Das geschah, wie sich herausstellte, auf Beschluß des Magistrats und in Abwesenheit des zuständigen Dezernenten. Der gemaßregelte Arbeiter ist Vorsitzender der Filiale des Gemeindearbeiterverbandes und hat in dieser Eigenschaft viel zum Emporblühen seiner Gewerkschaft getan. Es blieb keine andere Wahl, als anzunehmen, daß seine Betätigung des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechtes den Grund der Entlassung bildete. So war es denn auch, wie in der letzten Sitzung der Stadtverordneten bestätigt wurde. Unsere Genossen in der Stadtverordneten-Versammlung brachten eine Interpellation an den Magistrat ein, worin gefragt wurde, ob der Magistrat das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter anerkenne und welche Maßnahmen er zu dessen Schutze ergreifen wolle. Zur Beantwortung der Interpellation nahm der Oberbürgermeister Dr. Rive selbst das Wort. Er führte aus: Der Gemeindearbeiterverband ist eine sozialdemokratische Organisation, die dem „Arbeitgeber" — in diesem Falle der Stadt — genau so feindlich gegenübersteht wie die Sozialdemokratie der heutigen Gesellschaft. Der Verband vertritt somit eine Richtung, die unvereinbar ist mit den Interessen der Kommune und der Staatsordnung. Die Sozialdemokratie hat kein Recht, sich als Hüterin des Koalitionsrechts aufzuspielen. Es gibt keine größere Feindin des Koalitionsrechtes als die Sozialdemokratie! Für sie ist das Koalitionsrecht der Arbeiter gleichbedeutend mit der Koalitionspflicht. Ihre Anhänger schikanieren Andersdenkende aufs grausamste. Ein freisinniger Arbeiter wird von ihnen gehetzt und geplagt und schließlich zur Verzweiflung getrieben. Eine Partei, die in gedachter Weise das Koalitionsrecht gewohnheitsmäßig mit Füßen tritt, hat kein Recht, anderen Vorhaltungen zu machen oder mit Fragen lästig zu fallen ... Diese Worte gebrauchte der freisinnige Oberbürgermeister von Halle im nämlichen Augenblick, als er sein Einverständnis damit erklärte, daß ein Familienvater seiner politischen Überzeugung wegen aus städtischen Diensten gejagt und brotlos gemacht wurde. Außerdem war die Scharfmacherrede an eine Versammlung gerichtet, die auf Grund des schmählichen Terrors der öffentlichen Wahl zusammengesetzt ist. Der Arbeiter ist nicht nur von jeder Beschäftigung in städtischen Betrieben ausgeschlossen, sondern ihm wurde von städtischen Oberbeamten erklärt, daß ihm das in manchen privaten Betrieben auch so ergehen werde! Also Achtung des Arbeiters, der es gewagt hat, sein Koalitionsrecht auszuüben, in einer Kommune, wo das liberale Pfahlbürgertum das Regiment führt!

Aus Nah und Fern.

Von der Cholera. Die „Norddeutsche Allg. Zeitung" meldet: In der Ortschaft Kalthof am linken Ufer der Nogat, gegenüber Marienburg, Provinz Westpreußen, sind in der zweiten und dritten Septemberwoche choleraverdächtige Erkrankungen vorgekommen, deren Entstehungsursache nicht mit Sicherheit hat festgestellt werden können, die aber aller Wahrscheinlichkeit nach auf Einschleppung aus Rußland beruhen. Die Erkrankungen gingen von drei dichtbewohnten Häusern in der Brunnen- und Werderstraße aus. Bakteriologisch festgestellt wurden Cholerabakterien bei acht Personen, von denen vier gestorben sind; zwei sind aber nur sogenannte Bazillenträger gewesen. Die Kranken und Krankheitsverdächtigen wurden sämtlich in das Diakonissenhaus in Marienburg übergeführt. Die gesunden Personen, die mit den Erkrankten in Wohnungsgemeinschaft gelebt haben und daher als ansteckungsverdächtig angesehen werden mußten, im ganzen 102, wurden in der alten Gasanstalt in Marienburg einer fünftägigen Beobachtung unterzogen. Die befallen gewesenen Häuser wurden desinfiziert. Nachdem seit acht Tagen keine neuen Erkrankungen vorgekommen und alle Ansteckungsverdächtigen wieder entlassen sind, kann der Choleraausbruch in Kalthof wohl als erloschen angesehen werden.

Überfall. Zwei Schwindler namens Buchwald au Breslau und Gottschalk lockten in Eger einen Angestellten eines dortigen Bankiers durch telephonische Manöver in das Haus einer Pfandleihe, wo sie ihn überfielen und ihm 600 Kronen raubten. Auf die Hilferufe des Überfallenen flüchteten die Räuber. Buchwald wurde verhaftet; Gottschalk erschoß sich, als er sah, daß er nicht mehr entrinnen konnte.

Nach dem Genuß von Fischsalat ist die Familie eine Rechnungsrats in Köln sehr schwer erkrankt.

Erhängt. Aus Cleveland wird telegraphiert, daß sich der Multimillionär Yates im Gefängnis erhängt hat. Er war wegen schwerer Verwundung eines Fräuleins Singer verhaftet worden, mit dem er eine Automobilfahrt unternommen hatte. Bei einem Zwist hatte er auf das Fräulein einen Schuß abgegeben.

Starke Schneefälle in der Schweiz. Aus Zürich wird berichtet: In den Schweizer Bergen ist vorzeitiger Schneefall eingetreten. Bis auf 700 Meter herunter liegt der Schnee. Appenzell meldet großen Schaden an Wiesen und Bäumen. Die Korn- und Kartoffelernte liegt in vielen Orten unter einer dicken Schneedecke. Die Viehherden mußten vorzeitig von den Alpenweiden heimgetrieben werden. In Davos beträgt die Schneehöhe bereits zehn Meter.

Der Flug über den Simplonpaß. Aus Domodossola (Italien) wird gemeldet: Chavez überflog mit seinem Aeroplan den Simplon und landete, nachdem er um 1 Uhr 40 Minuten den Simplonpaß passiert hatte, um 2 Uhr in Domodossola. Es herrscht schlechtes Wetter. Im Augenblick, wo der Apparat niederging, wurde er von einem Windstoß erfaßt. Chavez geriet unter den Motor und wurde verletzt. Der Aeroplan wurde beschädigt.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 52. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein Fürst der Gecken. — Die Stellung des marxistischen Minderheitsorgans der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Holland. Von J. M. Wibaut (Amsterdam). — Probleme der gewerkschaftlichen Taktik. Von Julius Deutsch. — Die Getreideeinfuhrscheine. Von Kurt Heinig (Berlin). — Literarische Rundschau: Alfred Weber, über den Standort der Industrien. Von Richardt Woldt. Dr. Heinrich Reicher, Bibliographie der Jugendfürsorge. Von Julius Deutsch. A. Huggler, Teuerung in der Schweiz. Von M. J. B. — Zeitschriftenschau. Feuilleton der Neuen Zeit Nr. 32: Toulouse-Lautrec. Von Wilh. Hausenstein. Geschichte der Technik. Von Rich. Woldt. — Bücherschau: Ernst Untermann, Die logischen Mängel des Engeren Marxismus. Henriette-Roland-Holst, Joseph Dietzgens Philosophie. Stephan Großmann, Herzliche Grüße.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die Finanzreform von 1909 und die Parteien des Reichstages. Herausgegeben vom sozialdemokratischen Parteivorstand. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Leinenband 5 Mk. Der Verfasser legt zunächst die grundlegenden gesetzlichen Bestimmungen des Reichsfinanzwesens dar, beschäftigt sich dann kritisch mit der Regierungsvorlage zur Finanzreform des Vorjahres und behandelt weiter in ausführlichen Darlegungen an der Hand der amtlichen Protokolle die Stellungnahme der politischen Parteien des Reichstages zu dieser Vorlage. Soweit namentliche Abstimmungen vorgenommen wurden, ist nachgewiesen, wie die einzelnen Abgeordneten gestimmt haben. Im bevorstehenden Wahlkampf wird das Werk sicher allen Politikern wichtiges Material zur Beurteilung der gegenwärtigen Steuergesetzgebung liefern. Von allen Buchhandlungen zu beziehen.

Der rote Jason. Dieser Roman von Hall Caine, der gegenwärtig in der Wochenschrift „In Freien Stunden" zum Abdruck gelangt, findet bei dem ausgedehnten Leserkreise weitgehendstes Interesse. Die uns vorliegenden Hefte der Nummern 36, 37 bringen außer der Fortsetzung des Hauptromans noch die Fortsetzung von „Eigene Kraft", Roman von Rennie Rennison, sowie kurze Abhandlungen über verschiedene Gebiete des Wissens. Auch die Rubriken „Witz und Scherz" werden gern gelesen. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 10 Pfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Zeitungsspeditionen und Kolporteure entgegen. Probenummern kostenlos vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Ein heizbares möbliertes Zimmer nach vorn, separat, zu vermieten
Bleicherstraße 20b, part.

Zu sofort oder 1. Oktober
Kottwitzstraße mehrere Drei- und Zweizimmerwohnungen
zu vermieten. Näheres
Kottwitzstraße 48, pt., r.

Umständehalber per Oktober eine **Zweizimmerwohnung** zu vermieten (Keller, Boden, Gas)
Augustenstraße 26.

Zu sofort oder später **abgeschl. Dreizimmerwohnung,** 230 Mk.
Busekistraße 8, Mühlentor.

Zu vermieten zum 1. Oktober eine **Zweizimmerwohnung** mit allem Zubehör Elswigstraße 3.

Gesucht zum 1. Oktober ein
erfahrener
Vorarbeiter
als selbständiger Unternehmer großer Getreide-Verladungen.
Offerten unt. **H M M** an die Expedition dieses Blattes.

Zu kaufen gesucht eine guterhalt. **Büste** für Damenschneiderei, Gr. 44. Ang. u. **H 100** an die Exp. d. Bl.

Ein gut erhalt. Kinderwagen
zu verkaufen.
Dankwartsgrube 6, Hinterhaus.

Gut erhalt. Herren-Fahrrad
billig zu verkaufen.
Näheres Aegidienstr. 53, I.

Billig zu verk. **Johannisbeer-, Stachelbeer- u. Himbeersträucher, Kürbisse** Pfd. **4** Pfg.
Schützenstr. 20a.

Gut erh. **Ruderboot,** 1½schläfige **Bettstelle** m. Sprungfedermatratze zu verkaufen.
Sadowastr 10.

Ein **Haus,** gut im Stande, mit abgeschl. 3-Zimmer-Wohnung, billig zu verkaufen.
Näheres Reiferstr. 22a, I.

Ein eiserner **Ofen** mit 2 Löchern und Ringen billig zu verkaufen.
Obertrave 29/1.

Ein Hand- und Lehrbuch „Prakt. Maschinenbau" u. ein Akkumulator nebst sämtl. Zubehör für elektr. Licht billig zu verk. Pelzerstr. 6a, I.

Aerztlicher Sonntagsdienst
Sonntag, d. 25. Sept. (v. 1 Uhr ab):
Dr. med. Schwarzweller, Breitestr. 1, I
Dr. med. Hofstaetter, Mühlenstr. 24.
Dr. med. Lorenz, Beckergrube 64, I.

Zu verkaufen ein **Aufsatz** zum Küchenschrank 3.50 Mk., **2 Stühle** a 1.20 Mk. Friedenstr. 1a, I.

Zu verkaufen billig: 1 Karambolbillard, gut erhalten, mit Zubehör, 1 Dezimalwage, 150 Klgr., 1 Petroleumofen, 1 Kinderwagen
Schlumacherstraße 12.

Zu verkaufen **starkes Fahrrad,** 25 Mk. Wakenitzmauer 5.

1 Kinderbettstelle, 1,70 m lang, **1 Schleifstein** zum Drehen, 0,80 m Durchmesser.
Paulstraße 16.

Zwei Minorkahähne
zu verkaufen.
Steinraderweg 28c.

Gutsingende Kanarienhähne
zu verkaufen.
Düvekenstr. 21, I.

Ein ff. Kanarien-Vorsänger
und junge Hähne i. Ausw.
Wakenitzmauer 9a, II l.

Verloren von Voß bis z. Reuterkrug **1 Spitzenkragen** und ¼ Meter **Futter,** abzug. gegen Belohnung.
Füchtingstraße 27 III.

Kunsthonig
hergestellt aus feinsten Zuckerarten und Naturhonig
Kartonpackung Pfd. 40 Pfg.
H. Bülck,
Breitestr. 54. Fernspr. 149.

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli d. Js. bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.

MAGGI Bouillon WÜRFEL 5 Pfg. allein echt

1344 Seiten
starke Romane **nur** 1,50 Mk. **Billig!**
E. Th. Dawartz, Hüxterdamm 6.

Es ist **Tatsache,** daß ich die meisten **Verlobungsringe** an meine **Arbeiter-Kundschaft verkaufe.**
G. Greutzfeldt, Goldschm., **Sandstr. 4.**

Journal-Lesezirkel
E. Th. Dawartz Hüxterdamm 6.

Bestellen Sie bitte noch heute ein **Probe-Abonnement!**

Damen- und Kinderhüte,
sowie sämtliche Neuheiten
zu billigen Preisen.
Minna Hurtz,
Beckergrube 49.
Hüte zum Modernisieren erbitte baldigst.

Eine Partie zurückgesetzter
Schuhwaren
(Herren-, Damen- u. Kinder-Fußzeug) weit unter Preis.
Schuhwarenhaus
H. P. Ch. Schlenß, Schlumackerstr.

Alle Sorten
Weine und Spirituosen
auch im Kleinverkauf u. Ausschank empfiehlt
J. Höppner, Beckergr. 66.

Nähmaschinen-Hinrichsen
kommt nach Lübeck Beckergrube 70.

Zigarren
en gros u. en detail
reelle u. gute Ware
empfiehlt
HEINR. HAGELSTEIN
Königstrasse 85

Käse-Lager Schlumacherstr. 12.
Verkauf a. d. Diele.
Zirka 6000 Pfd. Ia. **Schweizerkäse** Pfd. **60, 70** bis **80** Pfg.
Prima **Rahmkäse 70** bis **80** Pfg.
Große Pöste **Tilsiter Fettkäse** Pfd. **20** bis **40** Pfg.
Ia. **Vollfett-Tilsiterkäse** Pfd. **60** Pfg.
Echt Thüringer Stangenkäse.
Camembert-Käse Schachtel **10** Pfg.
Bruch-Schweizerkäse Pfd. **50** Pfg.
" **Rahmkäse** Pfd. **60** Pfg.
Harzer Käse 4 Stück **10** Pfg.
Mainzer Käse 3 Stück **10** Pfg.

Eierkartoffeln,
Magnum bonum-Kartoffeln
in nur **allerfeinster** Ware liefert zu billigsten Preisen frei Haus
Hans Lübcke,
Wickedestr. 33/35. Telephon 2378.
Mit Kochproben stehe ich auf Wunsch gern zu Diensten.

Heute eingetroffen:
Zirka 1200 Pfund
Tilsiter Fettkäse
pikant, Pfd. 15, 20, 25, 30 u. 40 Pfg.
Johannes Müller,
Hartengrube 21.

22 Fünfhausen 22.
Prima **Rindfleisch** Pfd. **60** Pfg.
" **Kalbfleisch** " **60** "
" **Gehacktes** " **70** "
" **Gulasch** " **70** "

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Ueberall zu haben.
Fabrikation und Vertrieb der
Bilz alkoholfreien Getränke
Georg Hembd, Lübeck.
Fernsprecher 642.

Bin heute Sonnabend mit prima
jungem Fleisch
in der Markthalle.
Robert Dose,
Roßschlachterei.